

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 3 gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion und Expedition Berlin SW., Zimmerstraße 44.

Die Fabriken-Inspektoren.

Die neuesten Berichte der Fabriken-Inspektoren lassen abermals nur zu deutlich die Mängel erkennen, die diesem wichtigen und zeitgemäßen Institut noch anhaften. Man erstieht wiederum, wie die Zahl dieser Beamten zu klein und der Umfang der ihnen zur Ueberwachung überwiesenen Bezirke zu groß ist, als daß es ihnen möglich sein sollte, alle jene Umstände ausfindig zu machen, die eine Gefahr für Leben und Gesundheit der Arbeiter bilden. Da die betreffenden Beamten auch gewöhnlich noch mit einem anderen Staatsamt außer dem Fabriken-Inspektorat betraut sind, so kann man sich denken, daß sie auch kaum die notwendige Zeit finden, um die Beseitigung aller gefahrdrohenden Umstände im Industriebezirk anzubahnen oder selbst auszuführen. Wann werden wir endlich dazu kommen, daß zur Ueberwachung der unzähligen Industriebetriebe in unserem Vaterlande auch das notwendige Personal vorhanden sein wird.

Wir behalten uns vor, die neuesten Berichte der Fabriken-Inspektoren noch des Näheren zu besprechen, einstweilen sei nur darauf hingewiesen, daß gerade die für die weitesten Kreise wichtigste Frage, die Lohnfrage, in diesen Berichten abermals nur eine stiefmütterliche Behandlung erfahren hat. Man muß zwar einräumen, daß es damit gegen früher bedeutend besser geworden ist, denn früher pflegte man die Lohnfrage gar nicht oder in ganz ungenügender Weise in diesen Berichten zu behandeln. Allein in den neuesten Berichten die Lohnfrage auch nur annähernd genügend behandelt sei, davon kann gar keine Rede sein.

Wenn die Berichte der Fabriken-Inspektoren den Werth haben sollen, der ihrem Zweck entspricht, so müssen sie ein vollständiges Bild von der wirtschaftlichen Lage der in den Industriebetrieben beschäftigten Arbeiter geben. Allein zu diesem Bild fehlt der Grundton, die Lohnstatistik.

Wo soll man die Zeit hernehmen, eine völlige Lohnstatistik anzufertigen? werden die verschiedenen Herren Fabrikinspektoren seufzen. Ja, da liegt eben. Das Fabrikinspektorat sollte eben nicht darin bestehen, daß ein Beamter von Zeit zu Zeit Fabriken besucht und dann am Jahreschlusse einen Bericht an die Reichsregierung macht; es müßte ein vollständig organisiertes Staatsamt mit Bureau, Hilfsarbeitern und Gehilfen sein, dann könnte auch geleistet werden, was von Nothen ist.

Sehr lehrreich nach dieser Richtung hin ist — um ein Beispiel herauszugreifen, wie der Fabriken-Inspektor für das Großherzogthum Sachsen-Altenburg seinen Bericht ausgearbeitet hat.

Dasselbst ist angegeben, daß in den Dampfsiegelleien Altenburgs der Wochenverdienst männlicher Arbeiter zwischen 22 Mark und 7 Mark, der der Frauen zwischen 8 und 5 Mark beträgt. Allein damit wissen wir so viel wie gar nichts, denn es kommt doch darauf an, wie hoch der Durchschnittslohn ist und ob die höheren Löhne an die Mehrzahl oder die Minderzahl der Arbeiter gegeben werden. Nach den allgemeinen Erfahrungen darf man annehmen, daß die höheren und höchsten Lohnsätze nur von ganz Wenigen erreicht werden, daß aber die ungeheure Mehrzahl nur die mittleren und niedrigen Löhne ausgezahlt erhält. Wenn zum Beispiel hinzugefügt wird, daß in den Porzellanfabriken der Lohn der Männer 30—3,50 Mark der der Frauen 9—3 Mark beträgt — können wir aus dieser Angabe vielleicht ein Bild gewinnen, wie sich die Lohnverhältnisse im Allgemeinen gestalten haben? Ebenförmig wie bei den Angaben über das Wochenverdienst der Ziegelerbeiter.

Nun wird mit einer Lohnstatistik die Aufgabe der Fabriken-Inspektoren aber noch durchaus nicht erschöpft. Man müßte auch im Vergleich zu den Löhnen eine genaue Lebensmittelpreisstatistik haben und erst damit ließe sich das Budget eines Arbeiterhaushalts genügend zusammenstellen, so daß unsere Fabriken-Inspektoren auf Heller und Pfennig ausrechnen könnten: „Seht, so viel brauchen unsere Arbeiter, wenn sie nach menschlichen Bedürfnissen leben sollen!“ — Dagegen würde sich wenig Widerspruch erheben und alle die landläufigen Phrasen vom „ausreichenden Verdienst“ und von den „unberechtigten Beschwerden“ könnten dann ins richtige Licht gestellt werden.

Was aber sehen wir statt dessen? Der Altenburgische Fabriken-Inspektor, ein Berggraf, meint ganz kurz, es ließe sich nicht nachweisen, daß der Durchschnittsverdienst der Arbeiter auch den Lebensmittelpreisen angemessen sei; Ziffern seien für dies Verhältniß nicht vorhanden. Allein es herrsche eine freundliche, zufriedene Stimmung in den Arbeiterkreisen, allgemeine Klagen über Nothstände seien nicht bekannt geworden und so müsse man denn annehmen können, daß ein allzu großes Mißverhältniß zwischen Löhnen und Lebensmittelpreisen nicht stattefinde.

Solche Annahmen können auf Ernst keinen Anspruch machen; in wirtschaftlichen Dingen regiert die Ziffer. Und die Fabriken-Inspektoren müßten Zeit und Gelegenheit haben, sich mit den erforderlichen Ziffern zu befassen.

Wir müssen also auf der alten Forderung beharren, daß die Zahl der Fabriken-Inspektoren vermehrt, ihr Wirkungskreis verringert und aus dem Fabrik-Inspektorat überhaupt ein unabhängiges und vollständiges Staatsamt gemacht werde.

„Ich sollte meinen, an tüchtigen Ärzten wäre in Schottland und England kein Mangel.“

„Ein tüchtiger Arzt für körperliche Leiden und ein tüchtiger Arzt für Gemüthsleiden, das ist ein Unterschied, Sir.“

„Das glaube ich wohl, und ich glaube auch, daß ich Ihnen da eine vorzügliche Kraft empfehlen könnte.“

„O, Sie kennen einen Mann, der sich in dieser Thätigkeit bereits bewährt hat?“

„Ich habe einen Freund, nicht all zu weit von hier, welcher zwar noch nicht in einer Anstalt fungirt, aber sich in einem Falle bereits vortrefflich bewährt hat.“

„Und wer ist dieser Mann?“

„Der Doktor Fritz Rodenburg in Bladfield! Sollten Sie Zweifel haben an seiner Tüchtigkeit, so fragen Sie den Grafen Fergus W'Donnill oder die Komtesse Agathe. Sie werden Ihnen sagen, daß mein Freund für einen Gemüthsarzt die beste Qualifikation hat.“

„Ah, ganz recht! Ich hörte, daß Graf Fergus, der bereits alle Koryphäen der Wissenschaft vergebens konsultirt, in diesem Jahre einen ganz jungen, unbekanntem Arzt habe rufen lassen.“

„Das ist eben mein Freund Fritz Rodenburg!“

„So! Ich danke Ihnen, Mr. O'Brian. Ich werde nicht verfehlen, mich nach dem jungen Manne zu erkundigen, und im Falle einer günstigen Auskunft auf ihn reflektiren, denn, wie gesagt, ich bedarf eines zuverlässigen Mannes gerade für diese Stelle.“

Sie waren jetzt in der Nähe von Inverness angekommen und hier trennte sich ihr Weg. Der Wagen des Arztes schlug die nördliche Richtung ein; O'Brian aber ritt in die Stadt, um von hier den nächsten Zug nach Liverpool zu benutzen. — Seine Mission in England war beendet.

Sechszwanzigstes Kapitel.

Es war ein schöner Wintertag und Sonntag Nachmittags. Für denjenigen Großstädter, welcher zu der glücklich situirten Rinderheide Derer gehört, welche von ihren Mitteln leben können und welche mit den Glücksgütern gesegnet sind, die ihnen Fortuna unverdient und reichlich in

Politische Uebersicht.

Die Begründung einer demokratischen Partei unterliegt in der Tagespresse der verschiedensten Beurtheilung. Die „Nat.-Ztg.“ widmet dem Unternehmen folgende Zeilen: „Es ist zunächst abzuwarten, wie weit dieser Versuch einer neuen Parteibildung Anhang finden wird. Die Fortschrittspartei frunkte unseres Erachtens an dem inneren Widerspruch, daß sie ein verhältnißmäßig radikales Programm bezieht und doch immer mehr den Einfluß auf diejenigen Volksklassen verliere, welche allein im Ernst radikal sind: die Arbeiter und die diesen am nächsten stehenden sozialen Schichten. Die neue demokratische Partei findet dieses Terrain durch denselben Konkurrenten besetzt, der es der Fortschrittspartei allmählich abgenommen hatte: durch die Sozialdemokratie. Daß sie einen erheblichen Theil dieses Gebietes mit Hilfe des neuen Programms den Sozialdemokraten sollte abgewinnen können, dünkt uns nicht wahrscheinlich. Darauf aber, ob weite Volkseize einer neuen Parteibildung bedürfen, kommt es für eine solche an, nicht darauf, ob einige Politiker mit keiner der bestehenden Parteien einverstanden sind.“ — Wir können dem Unternehmen ebenfalls kein günstiges Prognostikon stellen. Unserer Ansicht nach ist die Zeit der bürgerlichen Demokratie überhaupt längst vorüber. Die heutige Zeit drängt nach Centralisation auf allen Gebieten, auch auf politischem, und wenn die Ideen, welche die demokratische Partei vertheidigt will, von denen der deutsch-freistänigen vulgo liberalen Partei, nicht grundverschieden sind, dann wird dieselbe mit ihrem Geburts-tag auch zugleich den Tag ihres Verfalls zu verzeichnen haben. Keine Partei ist mächtig genug, sich dem wirtschaftlichen Entwicklungsgang auf die Dauer entgegen zu stemmen, und nur die Partei kann die Zukunft für sich haben, welche Vorbeugungsmahregeln herbeiführen will, um die Entwicklung in richtige Bahnen zu lenken. Will also die demokratische Partei lebensfähig werden, so muß sie ein Programm aufstellen und befolgen, welches dieser Anschauung Rechnung trägt. Die Herbeiführung einer Parlamentschaft und ähnliche politische Forderungen, sind nicht dazu angethan, die Massen unter ihre Fahne zu sammeln. Und auf die Massen kommt es heute an; die noch vorhandenen Reste sog. bürgerlicher Elemente können kaum noch in der Gegenwart, am Wenigsten aber in der Zukunft einen besonderen Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben. — Die Massen aber wissen, daß die politische Freiheit allein keineswegs glücklich macht; sie werden sich deshalb einer Partei nicht anschließen, die nur für solche eintreift. Will aber die neue Partei für Sozialreformen und politische Freiheit eintreten, so wird sie zu einer sozialdemokratischen und dazu will sie nicht werden. Somit ergibt sich aber, daß sich dieselbe zwischen zwei Stühlen setzen muß und in Folge dessen nichts Gutes gewinnen kann.

Kürst Bismarck und die Diätenfrage. Als in der Reichstagsitzung vom 26. November d. J. der Diätenantrag der deutsch-freistänigen Partei zur Berathung stand, machte der Reichskanzler in seiner Rede eine Erwähnung, die trotz ihrer Wichtigkeit bisher wenig oder gar keine Beachtung gefunden hat. Derselbe sagte nämlich: „Es giebt Konzeptionen,

den Schooß geschüttet hat, — ein Solcher hat jeden Tag Gelegenheit, sich die Langeweile zu zerstreuen, sich Vergnügen und so viel Abwechslung zu verschaffen als möglich, und mit seinem Reichthum und Müßiggang zu prunken, so viel es ihm beliebt.“

Demjenigen aber, welcher mit den Widerwärtigkeiten des Lebens unaufhörlich den Kampf um sein Dasein führt, welcher die Last der Arbeit häufiger fühlt, als den Segen der Arbeit, welchem die Sorge ein steter Begleiter ist, — für Denjenigen giebt es nur einen Tag in der Woche, der ihm vergönnt, Geist und Gemüth aufzufrischen am Genuß der Natur oder in Gesellschaft befreundeter Seelen — den Sonntag. Dem reichen Müßiggänger ist der Stand des Barometers ziemlich gleichgiltig. Zeigt derselbe heute schlechtes Wetter, so amüsiert er sich in geschlossenen Räumen, in Theatern, Konzerten, Rejouren und dergleichen. — Zeigt der Barometer schönes Wetter, dann hält seine Equipage vor der Thür, dann langweilt er sich einige Stunden im Freien und wetteifert hinsichtlich des Gepannes mit denjenigen der übrigen Müßiggänger, welche, wie er, sich auf der Spazierfahrt langweilen. Dem arbeit-samen Bürger aber erscheint es wie eine ungeschähbare Gabe, wenn an einem Sonntage die Sonne sich nicht in Wolfenscheiteln hält, wenn der Himmel kein trauriges, graues Ansehen zeigt, sondern heiter und klar lächelt, denn seine beschiedenen Mittel gestatten ihm nur an solchen Tagen einen Ausflug aus dem einem Gefängniß gleichen Gebiet seiner vier Wände. —

„Räthen“, sagte Amberg zu seiner Gattin, welche, nachdem das Mittagmahl abgetragen war, wieder zu ihrer Arbeit griff, „könne Dir heute Ruhe. Ich kann es nicht ansehen, daß Du Dich unaufhörlich den ganzen Tag plagst, und nicht allein die ganze Hauswirtschaft besorgst, wie eine Dienstbesessene, sondern mitarbeitest, um unserem ruinirten Wohlstande wieder aufzuhelfen.“

„Die Arbeit macht mir Freude, Georg!“ antwortete sie, ohne von ihrer Rätherei aufzublicken. „Folge ich ja doch nur Deinem Beispiele. Hast Du es nicht über Dich gewonnen, den ganzen Tag, von früh bis spät am Abend im Komtoir zuzubringen? Ueberrimmst Du nicht noch das

Feuilleton.

Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Dur.
(Fortsetzung.)

„Ah, Sie hier?“ rief O'Brian überrascht. Er schien jetzt über die Art von Mylady's Krankheit eine andere Ansicht bekommen zu haben.

„Ich bin Hausarzt der Lady!“ antwortete Besserfon, welcher die Gedanken des jungen Mannes ahnen mochte.

„Es handelt sich hier nicht um einen Fall meiner sonstigen Praxis“, sagte er hinzu, „es ist hier eine Nerven-Abspannung, weiter nichts. . . Und Sie?“ fügte er hinzu. „Was führt Sie hier her?“

„Derselbe Zweck, welcher mich nach Bethesda führte, Mr. Besserfon“, antwortete O'Brian. „Sie erinnern sich, daß Sie mir selbst den Rath gaben, mich hierher zu wenden.“

„Ganz recht, ich rieth es Ihnen! Haben Sie Ihren Zweck hier erreicht?“

„Leider nicht, da es unmöglich ist, Mylady zu sprechen.“

„Ganz unmöglich! Mylady muß Aufregung jeder Art vermeiden. — Ist's Ihnen gefällig, Mr. O'Brian, mich ein Stück Weges zu begleiten?“

Der junge Mann willigte ein. Er ritt neben dem Wagen des Doktors. O'Brian hätte sehr gern das Thema auf die Krankheit der Gräfin und auf die Verhältnisse des Hauses gelenkt, indessen der Arzt brach beharrlich davon ab und sprach theils von gleichgiltigen Dingen, theils von seiner Thätigkeit in der Irrenanstalt.

„Ich habe seit Ihrem Besuch einen schweren Verlust gehabt, den ich bis jetzt noch nicht habe ersetzen können“, sagte er unter Anderem.

„Und, worin besteht der Verlust?“

„Mein erster Assistentarzt, Mr. Hancock, hat die Stelle eines Oberarztes in Devonshire angenommen; er war ein Mann, auf den ich mich verlassen konnte. — Wie gesagt, es ist ein Verlust für unsere Anstalt.“

für die wir die Diäten unter Umständen geben, ich brauche sie nicht zu bezeichnen, ich will mein Pulver nicht vor der Zeit verschütten; aber das müssen Sie sich klar machen, daß die Regierungen in eine Zahlung von Diäten nur willigen, wenn sie mit einer organischen Revision des Wahlgesetzes verbunden ist, und da können wir uns leicht verständigen (Hört, hört! links); wir werden nichts fordern, was in anderen Staaten nicht längst existierte.“ In Abgeordnetenkreisen, die dem Reichstagsrat näher stehen, bezeichnet man, wie der „M. Z.“ mitgeteilt wird, die Beschränkung des Wahlrechts auf die Personen mit eigenem Haushalte u. a. als ein Kompensationsobjekt, für welches die Gewährung von Diäten an die nicht in Berlin wohnenden Reichstags-Abgeordneten zu erlangen wäre. Freun wir nicht, so hat sich dahin bereits früher einmal im Reichstage der preussische Landwirtschaftsminister Lucius ausgesprochen.

Zur Herbeiführung eines regelmäßigen Schulbesuchs in Privatschulen hat der Unterrichtsminister neuerdings anordnet, daß die Vorsteher von Privatschulen gleichfalls verpflichtet sind, über die Regelmäßigkeit des Schulbesuchs sich durch Führung von Besuchsprotokollen auszuweisen. Die Vorsteher sollen mit allem Nachdruck auf einen regelmäßigen Schulbesuch halten, und wenn ihre Bemühungen keinen nachhaltigen Erfolg haben, die säumigen Kinder aus der Schule entlassen. Von letzterer Maßnahme haben die Schulpfleger der Ortschulbehörde beabsichtigt die Befreiung der Kinder in die öffentliche Volksschule unverzüglich Anzeige zu erstatten. Gegen Schulpfleger, welche diese Pflicht nicht erfüllen, ist einzuschreiten. Durch Disziplinar-Urtheil kann ihnen die Erlaubnis zur Führung der Schule genommen und letztere geschlossen werden.

Müssen Handwerkslehrlinge sich versichern lassen? Aus unserem Versteck ist die Frage angeregt worden, in wieviel Handwerkslehrlinge nach Maßgabe des Reichs-Krankenversicherungs-Gesetzes vom 15. Juni 1883 versicherungspflichtig seien. Das Gesetz unterwirft zwar im Absatz 1 des § 1 zunächst nur die „gegen Gehalt oder Lohn“ beschäftigten Personen der Versicherungspflicht, es schreibt aber im Absatz 3 des genannten Paragraphen vor: „Als Gehalt oder Lohn im Sinne des Gesetzes gelten auch Tantiemen und Naturalbezüge.“ Unter dem Begriff der Naturalbezüge fällt auch die Gewährung des Logis oder der Beköstigung. Daraus folgt, daß Handwerkslehrlinge versicherungspflichtig sind, sobald sie Lohn in Geld oder auch nur in Naturalbezeugen, wie Beköstigung, Logis und dergleichen, erhalten. Findet dagegen keinerlei derartige Vergütung statt, so unterliegt der Lehrling nicht dem Versicherungszwange und ist daher nicht anzumelden. Der Umstand, daß die Eltern des Lehrlings kontraktlich die Fürsorge in Krankheitsfällen übernehmen haben, ändert an der sonst vorhandenen Nothwendigkeit der Anmeldung nichts. Nur wenn der Arbeitgeber sich verpflichtet, den Lehrling im Krankheitsfalle mindestens für 13 Wochen in seiner Familie zu versorgen, kann eine Befreiung von der Versicherungspflicht eintreten. Eine solche Befreiung ist von dem gesetzlichen Vertreter (Vater, Vormund) des Lehrlings beim Vorstand der Kasse, welcher der Lehrling angehört, nach unter Vorlegung einer diesbezüglichen Bescheinigung des Arbeitgebers zu beantragen; letzterer muß aber den Lehrling jedenfalls vorläufig anmelden. § 3, Absatz 2 des Gesetzes.

Der Zentralverband deutscher Industrieller hatte vor einiger Zeit eine Eingabe an den Staatssekretär des Reichspostamtes gerichtet, welche einen engeren postalischen Anschluß zwischen Deutschland und Spanien bezweckt. Es wurde namentlich darauf hingewiesen, daß es bisher nicht möglich war, Briefe von 3 und 5 Kg. direkt nach Spanien zu empfangen und dort zu befordern. Das Reichspostamt hat nun dem Zentralverband den Bescheid gegeben, daß die spanische Postverwaltung mit den Einleitungen beschäftigt ist, um vom 1. Januar 1885 ab in Spanien den Postdienst auf Grund der internationalen Postpaket-Übereinkunft vom 30. November 1880 einzuführen. Im Falle der Verwirklichung dieser Absicht würden die Bestimmungen der bestehenden Übereinkunft auch für den Postverkehr zwischen Deutschland und Spanien Anwendung finden, so daß es eines besonderen Abkommens zwischen den Postverwaltungen beider Länder nicht bedarf.

Zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist — so berichtet der „Hamb. Corresp.“ — die Zeit der politischen Reibungen allem Anschein nach vorläufig vorüber. Von einer Seite, die man für gut unterrichtet halten darf, verlautet, es schie demnächst eine „besondere Sympathiebewegung“ des neugewählten Präsidenten Cleveland für Deutschland bevor. Die Schweizerisch-Amerikaner dürften unter Cleveland in der offiziellen Politik der Union jedenfalls nicht wiederkehren. (2)

Mainz. Zur hiesigen Gemeinde-Krankenversicherung waren ursprünglich etwa 10 000 Arbeiter gemeldet. Aus der Liste werden jetzt die Namen derjenigen Personen herausgehoben, welche den anerkannten freien oder eingeschriebenen Hilfsklassen angehören. Die Zahl der Letzteren ist so bedeutend, daß für die Zwangskasse wohl nicht mehr wie 12 bis 1500 Mitglieder übrig bleiben dürften, trotz der 62 000 Einwohner der Stadt und der großen, gegenwärtig in Ausführung

begriffenen Unternehmungen. Mit der Zeit wird die Mitgliederzahl der Gemeindeversicherung jedenfalls noch geringer werden, denn es machen es sich viele Geschäftsinhaber zur Aufgabe, nur noch solche Arbeiter einzustellen, welche freien oder eingeschriebenen Klassen angehören. Damit entgehen die Arbeitgeber der lästigen und verantwortungsvollen Abrechnung mit der Gemeindeversicherung und den Arbeitern, und ersparen zugleich den Dritttheils-Beitrag zum Krankengeld. Die Arbeiter verlieren aber auch dabei kaum etwas, denn die Vereine und Berufsassoziationen fordern in der Regel keine größeren Beiträge als die Arbeiter neben den Arbeitgebern zur Gemeindeversicherung leisten müssen, gewähren aber zumeist längere und nachhaltigere Hilfe in Erkrankungsfällen.

Schweiz. Die Regierung des Kantons Zug hat ein kleines Schriftchen „über die Ernährungsweise der arbeitenden Klassen im Kanton Zug“ veröffentlicht, worin sie die Ausführungen des Herrn Fabrikinspektors Dr. Schuler widerlegt. Nach den Zahlen, die sie vorlegt, glaubt sie, zu dem Schluss berechtigt zu sein, daß die Bevölkerung des Kantons durchaus nicht derart dem Alkoholismus verfallen ist, wie Herr Dr. Schuler darthut, sondern den meisten anderen Kantonen gegenüber eine bessere Stellung einnimmt.

Frankreich. Die Deputiertenkammer hat das Budget des Kriegsministeriums unverändert genehmigt und die Beratung des Marine-Budgets begonnen. — Die Tarifkommission hat jede Erhöhung der Zölle auf Reis, Mais und Getreide abgelehnt. — Eine Depesche des Admirals Riou, in Bangsar auf 11. d. ausgegeben, meldet: Eine aus 300 Mann europäischer Truppen und 900 Anataren bestehende Truppenabtheilung hat am 6. d. M. ein zweites Fort im Süden von Bohemar (Madagaskar) genommen, es wurden 5 Kanonen erbeutet, die Howas ließen 200 Tode auf dem Plage. Wir haben 4 Verwundete, darunter einen schwer Verwundeten. — Das Amtsblatt veröffentlicht heute das Dekret, durch welches die Gemeinderäthe von 42 Departements (darunter Seine und Rhone) auf den 21. d. M. einzuberufen werden, um ihre Wahlmänner zu ernennen, welche am 25. Januar l. J. vereint mit den Deputierten, General- und Arrondissementräthen der betreffenden Departements im Ganzen 87 Senatoren zu wählen haben. — Neuere Nachrichten zu Folge sind die englischen Bemittelungen zur Beilegung des Krieges mit China, vollständig gescheitert.

In Spanien wird selbstverständlich die Studentenfrage noch zu lebhaften Debatten in den Cortes führen. Es heißt, daß sich sämtliche Oppositionsparteien auf die Verwerfung derselben vorbereiten. — Aus Madrid wird gemeldet, daß Ribaut bei der Biegeninsel in der Nähe von Yamaita den dort vor Anker liegenden spanischen Kriegsdampfer „Almendara“ überfallen haben, jedoch von den spanischen Matrosen zurückgeschlagen wurden. Das Madrider Kabinett habe in Folge dessen von der englischen Regierung eine schärfere Ueberwachung jener Gewässer begehrt.

Dänemark. Trotzdem der dänische Reichstag Jahr für Jahr die über den Bedarf des Bestehenden hinausgehenden Vorlagen des Kriegs- und Marineministers abgelehnt hat und trotzdem das Follething in diesem Jahre bereits kurz und bündig erklärte, alle nicht unbedingt zur Weiterführung der Staatsregierung nöthigen Geldforderungen gar nicht in Betracht ziehen zu wollen, hat das Ministerium doch wieder seine alten Pläne für Vermehrung der Flotte und Befestigung der Hauptstadt eingebracht. Der Marineminister verlangt zur Vollendung einer im Bau begriffenen Panzerbatterie und zum Bau zweier größerer und eines kleinen Panzerschiffes, sowie einer Anzahl Kanonenboote und Torpedofahrzeuge 20 700 000 Kronen, vertheilt auf sieben Jahre, während der Kriegsminister, gleichfalls auf sieben Jahre vertheilt, 40 500 000 Kronen beantragt für die Sicherung Kopenhagens auf der Landseite und Befestigung der Halbinsel Helgoland in Dänemark. Die Vorlagen werden wie üblich vom Landsting bewilligt, vom Follething aber gestrichen werden; es bleibt somit alles beim Alten.

Zum Schutze der Dienstboten wird in Schweden mit dem 1. April 1885 ein königlicher Erlass in Kraft treten, der sich hauptsächlich gegen die Kommissionäre richtet. Anlaß dazu haben die vielen Klagen gegeben, welche von vielen Seiten theils darüber eingelaufen sind, daß die sogenannten „Kommissionskomptoire“ keiner Kontrolle unterstellt waren, wie auch ganz besonders die Mißverhältnisse, welche durch die starke Auswanderung schwedischer Dienstboten nach Deutschland und Dänemark entstanden.

Australien. Während man in England für eine Föderation der australischen Kolonien schwärmt, machen sich in Australien selbst separatistische Bestrebungen bemerkbar, separatistisch natürlich nicht im Sinne der vollständigen Losreißung von England, sondern der Trennung in selbstständige Kolonien. Im Norden von Queensland sind nämlich in letzter Zeit zahlreiche öffentliche Versammlungen abgehalten worden, in denen die Trennung Queensland in zwei Theile als eine Nothwendigkeit bezeichnet wurde, in Folge dessen die Bevölkerung des Nordens sich verdoppeln und die Einkünfte sich vervierfachen würden. Seit 20 Jahren ist von einer solchen Tren-

nung die Rede, allein die Frage ist erst jetzt ernstlich in Erwägung gezogen worden, weil die Hauptindustrie des tropischen (nördlichen) Queensland, die Zuckerfabrikation sich in ihrer Existenz durch die politischen Vertreter der anderen Hälfte des Landes bedroht glaubt. Von den 45 Mitgliedern der gesetzgebenden Versammlung von Queensland gehören drei Viertel dem stärker bevölkerten südlichen Theile an und diese sind entschieden gegen jede Einföhrung farbiger Arbeiter, ohne welche die Plantagenbesitzer des ausgedehnten tropischen Queensland mit seinen 1500 engl. Meilen Seelände nicht bestehen zu können behaupten. Seitdem Queensland vor 25 Jahren von Neu-Südwaales abgetrennt wurde, hat der Anbau des Zuckers stetig zugenommen, und wie eine Zuschrift an die „Times“ versichert, sind augenblicklich mehr als 5 Mill. Pfd. in Zuckerplantagen angelegt. Bisher sind dieselben vollständig von der Anwendung farbiger Arbeiter in den Südpazifik-Inseln abhängig gewesen, allein die Anwerbung derselben wird immer schwieriger und als die Plantagenbesitzer die Regierung angingen, ein im Jahre 1860 erlassenes Gesetz wegen Einföhrung von Nulis aus Indien in Kraft treten zu lassen, antwortete die Regierung damit, daß sie jenes Gesetz aufhob und eine Steuer von 30 Pfd. auf jeden eingeföhrten Chinesen setzte. Wegen dieser angebliche „Tyrannei“ der Regierung und der Begehrtheit der gesetzgebenden Versammlung haben nun die Plantagenbesitzer „rebellirt“. Es ist der alte Kampf der Anhänger der Sklaverei — denn nichts anderes ist die Verwendung „freier“ Arbeiter von den Inseln — gegen die Vertreter wirklich freier Arbeit. Der Ausgang des Kampfes dürfte daher nicht zweifelhaft sein.

Parlamentarisches.

Die Reichstags-Kommission für die Dampfervorlage setzte gestern ihre Beratungen fort. Der Präsident des Reichstages, Herr v. Wedell-Biesdorf, hält es nicht für angemessen, Stenographen zur Kommissionsarbeit zuzulassen. Es sei gegen das Bestehen, und der Präzedenzfall könnte andere Kommissionen zu einem ähnlichen Verfahren veranlassen. Aber in Anbetracht der außerordentlichen Umstände wolle das Präsidium einen Beamten des Hauses den Schriftführern zur Verfügung stellen. Dieser Vorschlag findet die Zustimmung der Kommission. — In der Fortsetzung der Diskussion stellt Abgeordneter Rintelen die Präjudizialfrage, ob die vorhandenen Schiffahrtsmittel genügen oder nicht. Im Prinzip sei er für Selbsthilfe, Abgeordneter Kallé motivirt, weshalb die Fragen schriftlich eingereicht worden seien, es sei besonders gefahren, um konkrete Antworten zu bekommen. Seine und seiner Freunde Stellung sei völlig objektiv, und die Mitglieder des Centrum würden ihr Verhalten gegenüber der Vorlage von den Antworten der Regierung abhängig machen. Er halte bei solchen Ausgaben eine gewisse Vorsicht für sehr angezeigt, Opposition sei dabei wohl nicht vom Uebel. Er warnte vor Ueberstürzung. Staatssekretär v. Bötticher: Die deutsche Ahderei könne ohne Staatssubvention solche Linien nicht herstellen, wo solche deutsche Linien beständen, hätten sie nicht leisten können, was die fremden Linien leisten. Außerdem hätten Hamburger und Bremer Ahderei erklärt, es sei unmöglich, solche Linien herzustellen, wenn sie nicht Subvention bekämen. Die Subvention sei notwendig wegen der Lage der Industrie. Die Benutzung der fremden Linien sei zu theuer für die deutschen Frachten. Geheimrath Reuleaux betone die Wichtigkeit der Station von Singapore. 1888 haben dort 1389 Schiffe angelegt, darunter 819 englische, 61 französische und 89 deutsche. Seitdem sei der Handel dorthin in stetigem Steigen begriffen. 1875 legten 1849 Schiffe dort an, darunter 1129 englische, 104 französische, 110 deutsche; 1880: 2004 Schiffe, 1404 englische, 97 französische, 105 deutsche. Im Ganzen überwiege die Zahl der deutschen Schiffe und der Werth der Frachten die von französischen. Abgeordneter Rohse glaubt, daß die beigebrachten Zahlen zu Gunsten der Vorlage sprechen, sie beweisen, daß Ostasien eine große Zukunft habe. Die Postschiffe würden auch die Privatdampfschiffe leben. Abgeordneter Diez bekennt sich als einen Freund der Vorlage. Bebel habe zwar gesagt, er sei ein Gegner des Entwurfs, er hoffe aber, Bebel werde sich noch belehren. Bebel sei ein sparsamer Mann und wohl der Einzige, der in dieser Frage noch keine feste Meinung habe. Er sei hauptsächlich für die Vorlage, weil die Sozialdemokraten in derselben den Beginn der Verstaatlichung des ganzen Seewesens erblickten. Diese Tendenz werde zwar jetzt noch gelehnet, aber wahr sei sie darum doch. Der Staat habe die ganze Produktion zu leiten und zu regeln. Abgeordneter Dr. Damberger: Das Wichtigste sei der Nachweis, daß die Waarendefizit bis jetzt nicht von der Ahderei bestritten worden sei. Die Hamburger und Bremer Ahderei haben in ihren amerikanischen Unternehmungen gezeigt, daß sie sehr wohl überall nachkämen, wo ein Bedürfnis vorliege. Die Zahl der Waaren, für die es ihrer Natur nach auf eine Differenz von wenigen Tagen gegenüber einer so langen Transporthzeit ankomme, sei minim. Redner protestirt gegen die Unterstellung des Staatssekretärs Dr. Stephan, daß er lediglich

neben Arbeiten, welche Dich bis spät in die Nacht beschäftigen, um mein Loos zu verbessern? Soll ich mich durch Dein Beispiel beschämen lassen? . . . Laß es gut sein, Georg, wir sind auf uns angewiesen, und nur durch unsern eigenen Eifer können wir das Verlorene wieder gewinnen.“

„Würden wir es aber wieder gewinnen durch den Verlust unsern körperlichen Wohlfühlens, Rätchen, so würden wir keine Freude am Wohlstande haben und wenn uns derselbe noch so reichlich zufiele. An einem solchen Tage, wie der heutige ist, hat auch der Kernste einen Feiertag. Laß uns deshalb heute auch einmal feiern, laß uns ein wenig frische Luft schöpfen draußen vor dem Thore; und außerdem haben wir heute zum letzten Male unsern Gast Nox hier in Berlin; er wird mit Elslers heute vermuthlich auch einen Spaziergang machen. Ohne Zweifel treffen wir sie und bringen einige Stunden plaudernd mit ihnen zu.“

„Da Du es wünschst, Georg, so bin ich gern bereit,“ antwortete Rätchen, welche niemals einen auch nur leise ausgesprochenen Wunsch ihres Gatten unerfüllt ließ.

Sie hing den Mantel um, er bekleidete sich mit einem warmen Ueberrod. Beide verließen Arm in Arm ihre Wohnung und gingen dem Brandenburger Thore zu.

„Ob wohl für uns wieder eine Zeit kommt, Rätchen, begann Amberg, wo wir nicht bloß auf den larmen Genuß der Sonntage angewiesen sind, wie früher?“

„Ich denke nicht daran, Georg!“ antwortete sie. „Wenn ich offen sein soll, so fühle ich mich jetzt ebenso glücklich, als in der Zeit unsern Wohlstandes, ja vielleicht noch glücklicher.“

Er schüttelte den Kopf.

„Das ist unmöglich, Rätchen!“ Mir blutet das Herz, wenn ich sehe, welche Entbehrungen Du Dir, durch meine Schuld, aufzuerlegen genöthigt bist.“

„Durch Deine Schuld? Sei nicht ungerecht gegen Dich selbst, Georg! Uns hat ein böses Geschick verfolgt, gegen das Du vergebens angekämpft hast. Das Einzige, was in Vorwurf gereichen könnte, ist vielleicht Dein all-

zufestes Vertrauen auf die brüderliche Gesinnung Deines Bruders Paul.“

„Wie hätte ich auch glauben können, daß er mich im Stich lassen würde . . . daß er mich nicht retten würde, wo er sah, daß er durch ein kleines Darlehn, ja ohne jeglichen Opfer, hätte helfen können.“

„Wenn ich es mir zuweilen wieder wünsche, anders situiert dazustehen, Georg, so ist es deswegen, um Deinem Bruder seine Hartherzigkeit zu vergelten.“

„Denkst Du an Rache, Rätchen? Würdest Du Gleiches mit Gleichem vergelten, wenn einmal die Lage umgekehrt wäre, er in Noth und wir im Stande, ihm zu helfen?“

„Ja! Und ich glaube, daß der Gedanke an eine Vergeltung hier gerechtfertigt ist. Freilich würde ich die Vergeltung nicht so äßen, daß ich ihn zu Grunde gehen ließe; ich würde ihm helfen, um, wie es in der Bibel heißt: feurige Kohlen auf sein Haupt zu sammeln.“

„Das konnte ich von Deinem guten Herzen erwarten, Rätchen!“

Sie hatten indessen das Thor passiert und befanden sich in den breiten Gängen des Parks, des sogenannten Thiergartens, welcher sich vor dem Thore in weiten Dimensionen ausdehnt und meistens das Ziel der Spaziergänger aller Klassen der Bevölkerung Berlins bildet. Die Chaussees sind belebt von den elegantesten Equipagen, in welchen Damen in der luxuriösesten Toilette sich breit machen, oder Herren, deren Antlitz weiter nichts zeigt, als das Bewußtsein des Besitzes, keine Spur aber von Geist und Herz. Auf den Reitwegen tummeln Dandys ihre schmucken Pferde und loquettiren mit den emanzipirten Damen der Aristokratie, welche hoch zu Koffe auf der Promenade die allseitige Bewunderung und Huldigung entgegen nehmen.

„Es gab eine Zeit, Rätchen,“ begann Amberg nach einiger Zeit des Schweigens, „wo wir es nicht nöthig hatten, zu Fuß zu gehen, wo unsere Equipage auch dort auf der Chaussee einherrollte, wo die Livree unsern Rutschers gegen die des Banquier Danziger dort wenig abfiel.“

„Und damals erquidete uns die frische Lust des Thier-

gartens nicht mehr als heute, da wir zu Fuße gehen,“ sagte Rätchen. . . . „Sieh! Georg, es will mir manchmal erscheinen, als wäre ich jetzt glücklicher, als früher.“

So plaudernd und selig in dem Gefühl gegenseitigen Besitzes hatten sie eines jener Restaurants erreicht, welche an der Grenze des Stadtparcs amuthig am Ufer eines Spreearms etablirt sind, und den zahlreichen Spaziergängern einen willkommenen Stationsort bieten. Von den Glashallen hat man eine hübsche Aussicht auf die Winterlandschaft und das bunte Treiben in dem Gängen des Parks. In eins dieser Lokale begab sich auch Amberg mit seiner Frau. Sie trafen hier ihre Verwandten schon anwesend.

Der Registrar präsidirte der Gesellschaft der Seinigen wie ein Mann, welcher stolz ist in dem lang entbehrten Bewußtsein eigener Autorität. — Der Aktienraub war abgeklärt, der Zwang des Untergebenen, der den ganzen Tag und die ganze Woche gezwungen ist, sich vor den großen und kleinen Bureauyrannen zu bücken, vor dem Einen tief, vor dem Andern noch tiefer, in ewiger Furcht und Besorgniß, nur ja nicht anderswo anzustoßen oder Mißfallen zu erregen, damit er nicht bei der nächsten Gratifikationsvertheilung übergangen werde, war befeitigt. Der bureaukratische Ton konnte heute bei Seite gesetzt, die ganze Misere des Subalternbeamten vergessen werden, denn heute war er Haupt seiner Familie, uneingeschränkter Monarch des kleinen Kreises; und an seiner Seite thronte eben so stolz seine respectable Gattin, welche soeben beschäftigt war, einen mächtigen Kapstuchen in kleine Stücke zu zertheilen.

Neben ihnen saßen Bertha, die Schwester Ambergs und Lucie Rodenburg, und zwischen Beiden Max Ströblenau, der durch seinen unübertrefflichen Humor und seine gewandte Redeweise die Unterhaltung der kleinen Gesellschaft belebte. Seine munteren, blauen Augen blickten überall, wohin sie sich wandten, einen Anknüpfungspunkt für irgend eine wichtige Bemerkung oder eine launige Betrachtung. Man lachte, man war heiter; aber Bertha war mehr, sie war begeistert für den interessanten und hübschen jungen

Oppositionsgeist widerspreche. Nach kurzen Erwiderungen des Staatssekretäre Dr. Stephan und v. Böttcher, wobei der letztere es ablehnt, wie Abg. Radt verlangt, die gestellten Fragen schriftlich zu beantworten, wird die Fortsetzung der Debatte auf Montag Abend vertagt.

Kommunales.

Magistrats-Sitzung am Freitag.

Vom Oberbürgermeister v. Jordanbeck wurde dem Kollegium mitgeteilt, daß nach einer dem Magistrat vom Herrn Minister des Innern gemachten Mitteilung der Bürgermeister von Belgard nebst zwei Stadträthen auf einer Reise durch Deutschland, Frankreich, Belgien und England begriffen sind, sich über die Verbesserungen auf dem Gebiete der Kanalisation, der Erleuchtung u. s. w. in der Neuzeit in den verschiedenen Städten eingeführt sind, zu belehren. Der Minister ersucht zugleich den Magistrat, dafür Sorge zu treffen, daß den Herren, falls dieselben auch Berlin besuchen, die erforderliche sachverständige Auskunft gewährt werden möge. Das Polizei-Präsidium hat den Magistrat um Zustimmung zu verschiedenen beabsichtigten Abänderungen der Polizeiverordnung, betreffend die Regulierung des Pferdebahn-Betriebes auf den Straßen Berlins, ersucht. Die wesentlichste Abänderung würde hiernach der § 38 der genannten Verordnung entsprechen. Derselbe, welcher bestimmt, daß die den Pferdebahnen entgegenkommenden Fahrwerke denselben ausweichen sollen, soll dahin erweitert werden, daß auch die in gleicher Richtung mit den Pferdebahnen fahrenden Wagen bei etwaigem Halten der ersteren soweit Raum geben, daß das in die Pferdebahnen einsteigende, resp. aus denselben aussteigende Publikum nicht behindert wird. Schwere Strafen, welches in derselben Richtung wie die Pferdebahn fährt, soll die Bahn, sobald und soweit der Fahrdamm neben derselben frei ist, überhaupt nicht berühren dürfen. Der Magistrat hat beschlossen, den geplanten Abänderungen zuzustimmen.

Der Verlagsentwurf wegen Anschlusses einzelner Theile der Nachbargemeinden Charlottenburg und Schöneberg an die Kanalisation von Berlin ist vom Magistrat einer Subkommission zur Vorberatung überwiesen worden. Von einem Unternehmer waren dem Magistrat schon seit längerer Zeit Projekte zur Erhaltung unterirdischer Bedürfnisanstalten vorgelegt worden. Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung die Erhaltung der unterirdischen Anstalten grundsätzlich abgelehnt. Die Verhandlungen mit der deutschen Baugesellschaft wegen Abtretung des zur Durchlegung der Taubensirasse nach dem Grundbesitz der erforderlichen Straßenlandes haben zu keinem Erfolge geführt, da die Forderungen der Gesellschaft dem Magistrat unannehmbar erschienen. Derselbe hat daher beschlossen, von der Stadtverordneten-Versammlung die Zustimmung des Enteignungsbehörden gegen die Gesellschaft einzuholen. Bekanntlich hat das königliche Polizei-Präsidium die Genehmigung der Anlage der Pferdebahn Alexanderplatz-Reinickendorf durch die Mühlstraße von der Verbreiterung derselben an den schmalen Stellen abhängig gemacht. Die künftige Verbreiterung hat in Folge dessen ein Projekt zur Verbreiterung der Mühlstraße und des betreffenden Theiles der Alexanderstraße ausgearbeitet, wonach die Verbreiterung dieser Straßentheile auf 19 Meter vorgesehen ist. Der Magistrat hat diesem Projekte seine Zustimmung erteilt und wird nunmehr wegen der Festlegung der neuen Bauachse dem Geiste vom 2. Juli 1875 gemäß das Erforderliche veranlassen werden. Nach diesem Beschlusse steht nunmehr dieser wichtigen Anlage, welche eine direkte Verbindung des Ostens mit dem Norden der Stadt herstellt, keine Hindernisse entgegen. — Zur Erledigung einiger wichtiger Angelegenheiten und zur Weiterberatung verschiedener Etats findet am Dienstag den 16. d. M. eine außerordentliche Magistrats-Sitzung statt.

Auf den Antrag des Kuratoriums der Jernanstalt Dallboos werden jetzt, wie mitgeteilt wird, zwei Ruffeher aus dem Arbeitsbause zu Kummelsburg dort abgegeben, die lediglich dazu bestimmt sind, die Beaufsichtigung und Kontrolle über den Pavillon V., in welchem die sogenannten „wilden Männer“ internirt sind, zu übernehmen.

Wegen Anlage einer Brücke über die Spree unter dem Radult der Stadtbahn vom Bahnhof Friedrichstraße nach dem Schiffbauerdamm sind, wie ein Berichterstatter erfahren haben will, Unterhandlungen zwischen dem Magistrat und der Direktion der Stadtbahn.

In der Alsterstraße, unweit des Gartenplatzes, ist nach erfolgter amtlicher Revision die neue von der königlichen Regierung konzessionirte Apotheke unter dem Namen „Johannis-Apotheke“ eröffnet worden.

Lokales.

Der Stadtverordnete Ewald wurde gestern Mittag gegen 1 Uhr auf das Polizei-Präsidium beschworen, woselbst ihm eröffnet wurde, daß er Berlin bis um 5 Uhr zu verlassen habe. Auf sein dringendes Ersuchen beim Polizei-Präsidenten

Wann; und doch seufzte sie von Zeit zu Zeit und zwar jedesmal, wenn Herr Elser eine Anspielung darauf machte, daß heute der letzte Tag ihres Beisammenseins mit Mar sei und wenn man von den Vorbereitungen der morgenden Abreise sprach. Als Amberg mit seiner Frau eintrat, ward der Jubel der kleinen Gesellschaft noch erhöht. Sofort wurden die Stühle zusammen gerückt, wobei Strahlenau das Arrangement traf, daß er ein wenig näher an Fräulein Bertha saß, und nun nahmen auch die neuen Gäste an dem Tisch Platz und nahmen Theil an dem servirten Kaffee und dem mächtigen Napfluchen.

„Lieber Max,“ sagte Amberg, sich an den jungen Mann wendend, „wenn Du es erlaubst, begleite ich Dich morgen zum Bahnhof.“

Hier konnte man Bertha's leises Seufzen hören. „Und ich auch!“ fügte Elser hinzu. „Um neun Uhr brauche ich erst im Bureau zu sein, also kann ich recht gut um sieben Uhr auf dem Bahnhof erscheinen.“

„Es wäre hübsch von Ihnen,“ meinte Frau Elser, „wenn Sie Ihren Aufenthalt noch ein wenig verlängern könnten. Ich gebe zu, daß es in Indien viel anziehendere Dinge giebt, als hier in unserem profaischen Berlin. Aber Sie sagen ja selbst, daß Sie hier so vergnügt sind, wie Sie es in den ganzen fünf Jahren Ihrer Abwesenheit nicht waren.“

„Das ist auch richtig!“ versetzte Max. „Land und Leute in Indien und unser Gemüthe dort, lassen uns gar nicht zu einem stillen, häuslichen Glück, wie ich es so sehr erwünsche, kommen.“

Er sah dabei, vielleicht unwillkürlich in Bertha's betäubtes Gesicht.

„Das glaube ich gern,“ gab Amberg zu, „denn Ihr schwebt ja da in einer unaufhörlichen Gefahr und kommt aus Aufregung und Mühseligkeit gar nicht heraus. Da Du zum Freiwilligen-Regiment gehörst, so steht es ja bei Dir, jederzeit zurückzukehren.“

„Das eigentlich nicht,“ Georg,“ antwortete Max, „denn Du mußt wissen, wir haben auch unseren Kontrakt, und es ist nur eine besondere Vergünstigung, die mein Freund O'Brian erfahren hat, daß wir Urlaub zu der Reise nach England

selbst wurde ihm gestattet, bis zum Abgang des letzten Zuges hierbleiben zu dürfen. Auf sein Befragen nach dem Grunde der Maßregelung wurde ihm der Bescheid zu Theil, daß man sich zu dieser Maßnahme veranlaßt sähe, weil in der letzten Wählerversammlung, die er geleitet hatte, Polizeibeamte thätlich angegriffen wurden.

Das Kammergericht macht in seinen Geschäftsdräumen bekannt, daß Schriftstücke, welche an das königliche Kammergericht oder die Senate desselben gerichtet sind und noch am Nachmittage nach Schluß der Dienststunden eingegeben, behufs eventueller Fristinnehaltung im Kammergericht im Zimmer des Hauptportals parterre links vom Eingange des Geschäftsgebäudes an den damit beauftragten Beamten abzugeben sind. Derselbe wird derartig eingelieferte Schriftstücke bis 8 Uhr Abends in Empfang nehmen. — Die dienstlichen Verkehrsstunden für die Gerichtsschreiber des Kammergerichts mit dem Publikum sind wochentäglich Vormittags von 11 bis 1 Uhr.

N. Für das Feuerlöschwesen namentlich in Theatern ist, wie man uns schreibt, neuerdings eine ganz vortreffliche Erfindung gemacht worden, und zwar in Gestalt von sogenannten Vöschbomben. Diese Bomben sind aus Gußeisen hergestellt, mit komprimirter Kohlenensäure gefüllt und sollen überall, sowohl im Bühnen-, Garderoben- als auch im Zuschauerraum an bestimmten bezeichneten Plätzen niedergelegt werden. Bei Feuergefahr will man nun durch Öffnen der Bombe ein rapides Ausströmen der darin enthaltenen Kohlenensäure den zum Brennen absolut nöthigen Sauerstoff der Luft absorbiren. Die austretende Kohlenensäure veranlaßt den im Raume befindlichen Menschen Athmungsbeschwerden, ohne jedoch nachtheilig auf die Lungen einzuwirken. Diesbezügliche Versuche sollen ein ganz überraschendes Resultat ergeben haben.

Albrechtshof. Das von den Berlinern viel besuchte Sommerlokal in Stralitz „Albrechtshof“ wird im Laufe des nächsten Jahres verschwinden. Das ganze Terrain soll, nach der „Post. Btg.“ an einen hiesigen Baupfandanten verkauft sein, der auf demselben zwanzig Häuser zu erbauen beabsichtigt.

Die Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts II. gegen die des Todtschlags schuldigen Bauer- und Schneider-Söhne Ebel aus dem Dorfe Schönau ist nach einer dem Vertheidiger derselben, Rechtsanwält W. Ocker, gestern amtlich zugegangenen Mitteilung auf Dienstag, den 8. Januar l. J. angelegt worden, nicht also, wie eine frühere Mitteilung wissen wollte, auf den 19. Januar l. J.

Einem wahren Höllenspektakel führen seit Kurzem allabendlich vor dem Eingang zum Bahnhof Alexanderplatz an der Königstraße jene zahlreichen Kinder aus, welche mit Knarren, Waldsteinen, Kumpelmännern und „Schäfschen“ handeln. Oft stehen hier 30 bis 50 Kinder vor dem Eingange zur Station und machen durch ihre Anpreisungen einen Lärm, der schon von Weitem hörbar ist. Einem sonst gegen die Kinder sehr nachsichtigen Wachmeister ging gestern Abend aber das Toben und Schreien namentlich zweier Burschen im Alter von ca. 10 Jahren doch zu weit, weshalb er dieselben nach der Bahnhofswache führte. Dieser Vorfall wirkte unter den lärmenden Jungens wie ein Donnererschlag. Alles stob auseinander, um nicht dem gleichen Schicksal zu verfallen und so war es unter dem Wadulst plötzlich still. Aber diese Ruhe währte nur ganz kurze Zeit. Bald war die Angst vertrieben und das Toben und Lärmen, wie man es nur aus dem Weihnachtsmarkt am Auszuge der Breitenstraße kennt, begann von Neuem.

a. Ein Expresster. Der substanzlose „Arbeiter“ und ehemalige Kapitän Zimmer hat sich seit vier Wochen obdachlos umhergetrieben und hat in Ermangelung einer sonstigen Beschäftigung den Plan gefaßt, durch Drohbriebe an hiesige wohlhabende Personen von diesem Geld zu erpressen. Mit der Hilfe des Adressbuches fertigte sich J. eine Liste der hiesigen Bankiers an, an welche er schreiben wollte. Er begann mit dem Geheimen Kommerzienrath W. in der Behrenstraße, welchen er brieflich um ein Darlehen von 100 Mark bat, angeblich um mit dem Gelde die Kosten eines Patentes auf einen von ihm erfundenen Bleistifthalter, welches er nachgesucht habe, zu bezahlen. Die Antwort erbat er sich bis zum 12. d. M. postlagernd am hiesigen Hauptpostamt. Der Adressat erstattete sofort Anzeige von diesem Schreiben, unter Beifügung desselben, an die hiesige Kriminalpolizei, und ein Beamter derselben nahm gestern den Zimmer, als er am Posthalter nach einem für ihn eingegangenen Brief Nachfrage hielt, fest. Die Liste der von ihm für seine Drohbrevets anzuwendenden Banquiers wurde bei ihm gefunden. J. wurde heut zur Untersuchungsanstalt gebracht.

Der Bäckermeister St. aus Hermsdorf wurde vor Kurzem in Berlin von einer ihm bekannten, in der Alexandrinenstraße wohnenden Handelsfrau befragt, ob er ihr einen 50-Mark Schein wechseln könnte. Als St. diese Frage bejahte, übergab sie ihm eine der neuen Banknoten, die St. undesehen einsteckte, nachdem er der Frau 50 M. Kleingeld ausgehändigt hatte. Bald darauf zahlte St. sein Geld nach und bemerkte nun, daß er statt des fraglichen 50-Mark Scheins nur einen 20-Mark Schein

erhielten. Vielleicht, daß die besondere Protektion meines Freundes O'Brian uns binnen Kurzem noch einmal die Möglichkeit gestattet, herzuzureisen.“

„So ist Dein Freund ein Mann, der hohen Persönlichkeiten nahe steht?“ fragte der Registrator.

„Eigentlich ist er ein blutarmes Abenteuerer, wie ich,“ gab Strahlenau zurück. „Die hohe Protektion aber und den Reichtum, der uns gestattet, die kostspielige Reise zu machen, hat ihm ein Zufall verschafft.“

„Er ist also reich?“

„Sehr reich, so reich fast, wie nur ein indischer Fürstensohn sein kann?“

„Ein indischer Fürstensohn...?“

„Gewissermaßen ja! Wir verdanken die Vergünstigung der Reise und er seinen Reichtum einem indischen Nabob. Wissen Sie, was ein Nabob ist, Fräulein Bertha?“

„Ein Nabob ist ein reicher Mann!“

„Das ist schon richtig, liebes Fräulein; aber was man unter einem reichen Mann hier versteht, ist nicht in Vergleich zu bringen mit dem, was ein indischer Nabob ist. Die Nabobs waren ursprünglich unabhängige Fürsten und sind jetzt, da sie sich den Engländern haben unterwerfen müssen, Statthalter in den Provinzen. Von dem Reichtum kann man sich hier zu Lande gar keine Vorstellung machen. Ein Nabob würde lächeln über die Equipage und die Leute darin. — Ein Banquier in Berlin ist stolz, wenn er drei oder vier Gespanne guter Pferde besitzt, — ein Nabob würde sich das Vergnügen machen, seiner Geliebten die sämtlichen Equipagen, welche hier im Thiergarten umherfahren, zum Geburtstag zu schenken, wenn sie Lust hätte, dieselben zu besitzen. — Ein einziges Pferdgeschirr eines Nabob ist oft mehr werth, als der gesammte Hausrath eines Berliner Millionärs.“

„Und eines so reichen Mannes Sohn ist Her O'Brian?“ fragte Frau Amberg.

„Nicht eigentlich sein Sohn, auch nicht einmal sein Adoptivsohn; doch betrachtet ihn der Fürst als solchen, und ich bin überzeugt, er würde auch gern mit ihm in ein wirklich verwandtschaftliches Verhältnis treten, denn der Nabob besitzt nicht nur Gold, Edelstein und Perlen, sondern auch

Besitz, der ihm seiner bestimmten Ansicht nach nur von der Handelsfrau übergeben worden sein konnte. Er theilte diese Bemerkung der Frau brieflich mit, und da letztere einen Irrthum bestreitet, so hat St. die Handelsfrau beim kgl. Amtsgericht wegen Herausgabe der fehlenden 30 M. verklagt. St. hofft, daß die Handelsfrau den Eid, daß sie ihm (dem St.) einen 50-Mark Schein gegeben, nicht wider leisten wollen. Im Weigerungsfalle wird St. das Weitere veranlassen, um die Handelsfrau wegen Betrug zu bestrafen. Dieser Fall zeigt wiederum, daß man niemals so vertrauensselig sein darf, sondern stets ungenirt das empfangene Geld genau ansehen soll.

Projektirtes Repertoire der königlichen Schauspiele vom 14. Dezember bis 21. Dezember 1884. Im Opernhaus: Sonntag, den 14.: Der Barbier von Sevilla, Robert und Bertrand (Fräulein Hoffschüller als Gast); Montag, den 15.: Tell (Herr Mierzwinski als Gast); Dienstag, den 16.: Hero; Mittwoch, den 17.: Tell (Herr Mierzwinski als Gast); Donnerstag, den 18., zum 500sten Male: Der Freischütz (Herr Niemann); Freitag, den 19.: Oberon, König der Elfen; Sonnabend, den 20.: Der Troubadour (Herr Mierzwinski als Gast); Sonntag, den 21.: Fild und Flok. Im Schauspielhaus: Sonntag, den 14., um 1. Male wiederholt: Christoph Marlow; Montag, den 15.: Rosenkranz und Gildenstern; Dienstag, den 16.: Christoph Marlow; Mittwoch, den 17.: Viel Lärm um Nichts; Donnerstag, den 18.: Christoph Marlow; Freitag, den 19.: Rosenkranz und Gildenstern; Sonnabend, den 20.: Christoph Marlow; Sonntag, den 21.: Die Geier-Wally.

Im Deutschen Theater geht morgen „Bitt und Fog“ von Rudolf von Gottschall neu in Szene. Außer den Wiederholungen dieses Stückes bringt das Repertoire dieser Woche noch Wiederholungen von „Der Hüttenbesitzer“, „Romeo und Julia“, „Die große Mode“ und „Don Carlos“. Nächsten Sonntag wird „Die Welt, in der man sich langweilt“ gegeben.

Gerichts-Zeitung.

Ein Betrug gegen den Gerichtssiskus durch Ueberhebung von Zeugengebühren beschäftigte heute die 90. Abtheilung des hiesigen Schöffengerichts. Der seit dem 1. September d. J. in Untersuchungshaft befindliche frühere Gutsbesitzer Krüger war zum 1. Februar d. J. aus seinem Wohnort Groß-Nowas bei Neumünster in Holstein in der Strafsache gegen Schröder vor die dritte Strafkammer hiesigen Landgerichts I als Zeuge geladen gewesen. In Gebühren sind ihm an diesem Tage, an welchem die Sache bis zum 11. desselben Monats vertagt wurde, 80 M. 60 Pf. ausgezahlt worden. Im zweiten Termine stellte sich heraus, daß Krüger nach dem ersten nicht in seinen Wohnort zurückgereist, sondern in Berlin geblieben war; außerdem wurde aber ermittelt, daß er bereits Ende Dezember 1883 nach Berlin gekommen und in einem Hotel Wohnung genommen hatte. In dem Borschweigen dieser Thatsache resp. in der Aufstellung der Liquidation fand die Anklagebehörde die Unterdrückung einer wahren resp. die Vorpiegelung einer falschen Thatsache, wodurch der Gerichtsssekretär Beyer in einen Verthum versetzt und der Siskus geschädigt worden sei, und stellte deshalb den Krüger unter die Anklage des Betruges. Der Angeklagte bekannte sich für nichtschuldig und hob hervor, daß er lediglich die Gelegenheit der Vorladung zu einem Termine nach Berlin benützt habe, um gleichzeitig hier einige andere Geschäfte abzumachen. Der Staatsanwalt beantragte 6 Wochen Gefängnis, wozugehen Rechtsanwalt Theler ausführte, daß der Siskus gar nicht geschädigt sei, indem es ihm gleichgültig sein konnte, ob der Zeuge in Berlin noch einige andere Geschäfte abmachte oder nicht. Eventuell habe seinem Mandanten das Bewußtsein der Reichswidrigkeit seines Anspruchs gefehlt. Der Gerichtshof erachtete aber einen Betrug für vorliegend und verurtheilte den Angeklagten zu sechs Wochen Gefängnis, welche er durch die erlittene Untersuchungsanstalt als verbüßt erachtete.

Ein Bild tiefer Verworfenheit wurde vor einigen Tagen vor der 3. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I entrollt, welches auf sämtliche, im Gerichtssaale anwesende Personen, mit alleiniger Ausnahme des Angeklagten, absprechend wirkte. Die Anklage war gegen einen Menschen in den 20er Jahren gerichtet, der einem Greise gleich, in dessen Anlitze die Spuren eines ausschweifenden, gemüthlichen Lebens zu lesen waren. Zahl das Gesicht und Zahl der Schädel, mußte er durch Bekleidung als Frauenschmuck ein abscheuliches Gewerbe auszuführen, bei dem er jede Gelegenheit wahrnahm, seine leichtsinnigen Opfer zu bestehlen. In gewissen Kreisen ist der Angeklagte unter dem Spitznamen „Schlamassensette“ bekannt, aus welchem auch nicht eingeweihte Personen einen ungefähren Anhaltspunkt über das Gewerbe des Angeklagten erhalten. Er wurde, mit Rücksicht auf seine Vorstrafen, wegen eines Diebstahls an einem ihm in Folge geistlichen Herrn aus den besseren Gesellschaftskreisen und der mit diesem ausgeführten wohnungswirtschaftlichen Handlungen zu einer Zuchthausstrafe von vier Jahren verurtheilt.

eine Tochter, welche schöner ist, denn alle Perlen Indiens und Persiens, und wenn mich nicht meine Erfahrung täuscht, so ist das, was sie für meinen Freund O'Brian empfindet, mehr als bloße Dankbarkeit.“

„Sie sind auch mit diesem Fürsten und der... Perle bekannt?“ fragte schüchtern Bertha Amberg.

„Ganz gewiß!“ antwortete Max. „Ich darf sogar behaupten, daß ich mit beigetragen habe zu dem gegenwärtigen häuslichen Glück dieses Fürsten und seiner Tochter.“

„Du machst uns über die Maxen neugierig,“ erklärte der Registrator, „und sprichst in Räthseln. Höre endlich auf mit den Andeutungen, und erzähle, wie es zuging, daß Du und Dein Freund in solche Verbindung mit dem fürstlichen Hause gekommen bist.“

„Das ist eins von unseren vielen Abenteuern in Indien,“ begann Max. „Ihr müßt wissen, daß nur ein Theil der indischen Fürsten sich der englischen Herrschaft unterworfen hat; die Uebrigen sind theils unabhängig, theils sind sie zwar gewaltsam unterworfen, sinnen aber unaufhörlich darauf, sich wieder von der Herrschaft Englands zu befreien, haben sich deshalb mit dem Rebellen Rana Sahib verbunden und eine nicht zu verachtende Anzahl von Truppen ausgerüstet, mit denen die Engländer Jahr aus, Jahr ein einen Kampf auf Leben und Tod führen.“

„Ich habe mit großem Interesse die Berichte verfolgt,“ sagte Elser. „Die Indier führen ihre Rachekriege mit unglaublicher Erbitterung, und zu Zeiten ist mir bange geworden um die Herrschaft der Engländer in Indien.“

„Sie kämpfen nicht nur mit Erbitterung,“ antwortete Max, „sondern geradezu mit Unmenschlichkeit. Dieselbe richtet sich nicht sowohl gegen diejenigen indischen Fürsten, welche sich aus freien Stücken den Engländern unterworfen haben und mit ihnen verbündet sind.“

„Das läßt sich denken,“ gab Amberg zu. „Sie werden gewissermaßen als Verräther betrachtet.“

(Fortsetzung folgt.)

hierauf in der früher erwähnten Versammlung auf die Bestechlichkeit der Presse hingewiesen wurde, da hatte die „Neue freie Presse“ vom 23. April den traurigen Muth, ihren Lesern folgendes zu bieten: „Das Schlachtgeschrei der Korruption und das Dynamit sind Werkzeuge des Sozialismus, nur sieben die Leute ohne Muth gewöhnlich das erstere vor.“ Nicht besser verhielt sich die ganze übrige Presse.

In einer am 2. Mai im Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede äußerte sich Schönerer hierüber in treffender Weise. „Sie wissen es von mir“, sagte er, „und niemand in Oesterreich wird es wagen, mich in diesem Falle zu berichtigen, daß in der galizischen Transversalbahn-Angelegenheit die Zeitungen einen Betrag von 100 000 fl., sage einmahlunderttausend Gulden Bestechungsgelder erhalten haben. Ich sage das laut, damit die Herren oben (Journalisten) es hören, und damit nicht die Bismarck zufällig wieder gedruckt werden. Mag man dies dann nennen Bestechung für Texterschaltungen oder anders, nach der Meinung des Volkes, soweit es ethisch fühlt und denkt, sind dies einfach Bestechungsgelder zu vollstrecklichen Zwecken. Welche Summen müssen, nach dem vorausgegangenen Beispiele zu urtheilen, in der Nordbahnfrage in die Taschen der gewissen Zeitungen gewandert sein! Als Vermittler — im Falle jemand sagt, er wisse von allen diesen Lumpereien nichts, erlaube ich mir, Sie auf Grund von Thatsachen zu informieren — als Vermittler bei der Vertheilung von Bestechungsgeldern fungirt bekanntlich in der Regel ein gewisser Josef Hesch, 25, Korrespondent — wenigstens gewesener — des „Frankfurter Aktionärs“, welcher Hesch der sogenannte Hausjude der Kreditanstalt und Nordbahn seit mehr als 20 Jahren ist, und die Vertheilung der Schweiggelder als sogenannte Vertheilung und als Freundschaftskauf oder wie man die Dinge sonst nennt, bei den Blättern vornimmt, und zwar bei allen betreffenden Zeitungen, von der „Neuen freien Presse“ angefangen bis herab zum kleinsten Sudelblatt. Nur die „Deutsche Zeitung“ macht eine Ausnahme, indem für dieselbe dieses ein gewisser Bernhard Fischer besorgt.“

„Für kleine Sudelblätter besorgt dieses Geschäft auch ein Schwager Hesch's, ein gewisser Spitzer und gelegentlich der Nordbahnfrage wurde, wie man in gewissen Kreisen hört, so nobel bezahlt, wie dies noch gar nie, nicht einmal in den Gründerjahren der Fall gewesen ist. Obenan im Preise steht natürlich die „Neue freie Presse“, dann kommt das „Tagblatt“, dann die andern Blätter, dann der „Floh“, die „Bombe“, endlich die jüdische oder perjudische Provinzpresse! In der Provinz gibt es glücklicherweise rühmliche Ausnahmen, welche Bestechungsgelder sogar zurückgewiesen haben; dort besorgt die Vertheilung der Eigentümer eines Annoncenbüros, dessen Name mit momentan entfallen ist.“

Eine Million Gulden hatte die Direktion der Nordbahn, in welcher zwei Wiener Abgeordnete saßen, zur Beeinflussung der Journale verausgabt. Der Antheil der „Neuen freien Presse“ wird mit fl. 100 000, derjenige des „Tagblatt“ mit 50 000 bezeichnet. Freilich hatte das erstere Blatt gesprochen und das andere nur geschwiegen. Hier galt einmal das Reden als Gold. Um die Brechindustrie zur Thätigkeit anzuspornen, wurde von der Nordbahn ein originelles Verfahren durchgeführt. Die meisten Zeitungen bekamen nur einen Theil des Lohnes, größtentheils die Hälfte, in baarem Gelde ausbezahlt, für den Rest empfingen sie Bons, welche nur dann zahlbar sein sollten, wenn der Betrag nach Wunsch der Nordbahn genehmigt würde. Auf diese Weise wurde es der „öffentlichen Meinung“ unmöglich gemacht, an eine Umkehr zu denken. Ob diese Summen zur Auszahlung kommen werden? Unmöglich ist es nicht.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Die Wahrheit kommt doch an den Tag! Aus sehr zuverlässiger Quelle erfahren wir, das Abkommandirungsbrieft der fortschrittlichen Parteileitung betreffend der Abstimmung vom 10. Mai thatsächlich erlassen sind, ganz wie Dr. Kasan dies in der bekannten Versammlung der Böidsamer Vorstadt in Berlin behauptet hatte. Nur darin unterschied sich der Brief, von dessen Vorhandensein unser Gewährsmann sichere Kenntniz hat, von dem Schreiben, auf welches sich Dr. Kasan bezog, daß derselbe nicht „Barissus“ unterzeichnet war, sondern Dr. Hermes. Hermes war damals Sekretär des „deutsch-freimüthigen“ Parteivorstandes. Die skandalöse Abkommandirung durch den Parteivorstand hat also wirklich stattgefunden, und wohl darf man es mit Freuden begrüßen, daß auf Herrn Dr. Kasan's Initiative hin der Schleier dieses schmutzigen Geheimnisses gelüftet ist.

Der „Reichsanzeiger“ publizirt die Abänderung des § 100 der Gewerbeordnung, der jetzt nach den Beschlüssen des Reichstags und Bundesraths sich dahin ergänzt, daß nach dem zweiten Abzuge von Nr. 2 eingeschaltet wird:

3) daß Arbeitgeber der unter Nr. 1 bezeichneten Art von einem bestimmten Zeitpunkt an Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen.

Der Bundesrath hat beschlossen, die Eingaben wegen Gestattung von zollfreien Niederlagen für Rohzucker abzulehnen, und er hat, auswärtigen Blättern zufolge, diesen Beschluß damit motivirt, daß es unzulässig sein würde, zollfreie Niederlagen zu gestatten, wenn nicht seitens derjenigen, welche von den Niederlagen Gebrauch machen, bei der Zurücknahme des Rohzuckers die volle Steuer für denselben entrichtet werde. Das Reich sei nicht in der Lage, die Berginsung des durch den Rohzucker repräsentirten Kapitals zu übernehmen, d. h. von den Produzenten oder Raffinerien auf die Schultern der Steuerzahler zu übertragen.

Die Reihe der deutschen Kolonialerwerbungen ist mit den bisher bekannten noch nicht abgeschlossen. Ein Korrespondent der „Frankf. Bg.“ erzählt zuverlässig, daß noch folgende Besitzergreifungen stattgefunden haben oder nahe bevorstehen: Ein Theil der Küste nördlich von Port-Natal, östlich von Transvaal. Ferner in der Südee, auf Neu-Island und Neu-Britannien, endlich im nordöstlichen Theile von Neu-Guinea. Vielleicht werden die nächsten Fortsetzungen des Blaubeuches bereits nähere Mittheilungen darüber enthalten. — Vor einigen Tagen war davon die Rede, eine deutsche Firma habe an der Meerenge von Babelmandeb Gebiet erworben. Hierzu telegraphirt man der „Frankf. Bg.“ aus Marseille: Die Fessin von Territorien bei Scheichaid an der Meerenge von Babelmandeb an eine deutsche Firma ist noch keine ausgemachte Sache; im Gegentheil, Frankreich intervenirt und wird wahrscheinlich das Territorium selbst ankaufen.

Gegen den Reichstagsabgeordneten Antoine wird — dem Anschein nach — die Anklage wegen Landesverrath nun doch erhoben werden. Die „Landeszeitung für Elsaß-Lothringen“ meldet: „Dem Reichstagsabgeordneten Antoine ist durch den Vorstehenden des ersten Strafprozesses des Reichsgerichts in Leipzig, gemäß § 109 der Strafprozessordnung, die Anklageschrift des Ober-Reichsanwalts, welche ihn der vorbereitenden Handlungen des Hochverraths ansehuldigend, zur Erklärung mitgetheilt worden.“ — Nach den äusserst dürftigen Erzählungen, welche seiner Zeit über die Angelegenheit veröffentlicht worden, muß man billigungsweise zweifeln, daß die Anklage zu einer Verurteilung führen könnte.

Belgien. In den Reihen der belgischen Liberalen ist wieder eine Spaltung eingetreten. Der vor laum einem Monat gewählte Präsident der „Association liberale“, Grunderrechtsminister van Dumbeek, legte sein Ehrenamt nieder, weil die parlamentarische Versammlung die Vorschläge zur Revision der Statuten einer Spaltung zwischen den Doktrinären und den

Progressisten erscheint unvermeidlich die ersten dürsten die Association verlassen und sich besonders konstituieren.

England. Die Forderung Deutschlands und Russlands, bei der ägyptischen Staatsschuld — Tilgungskasse vertreten zu sein, hat hier sehr verstimmt. Man erblickt darin eine Neigung des Fürsten Bismarck, bei Lösung der ägyptischen Frage die Hand im Spiele zu haben. Mittlerweile versichern die ministeriellen Blätter, die jüngsten Vorschläge zur Regelung der ägyptischen Finanzen bildeten das Wort der britischen Regierung. Wenn die fremdländischen Bondsbesitzer mehr verlangen, werde England die Hände in den Schooß legen und Ägypten dem Bankrott zu überlassen lassen.

Ägypten. Aus Dandal vom 12. wird gemeldet, daß General Stewart mit dem Generalkommando, sowie mit 1000 Mann berittener Infanterie und den Kameelkorps den Vormarsch nach Korti, jenseits Ambulol, angetreten. Ob damit der Vormarsch durch die Wajuda-Wüste nach Chartum gemeint ist oder nur ein Rekognoszirungsmarsch den Nil hinauf, ist aus der Mittheilung nicht zu entnehmen. Jedenfalls ist die Spitze der englischen Expeditionstruppen jetzt dem bedrängten Chartum so nahe gekommen, daß zuverlässige Nachrichten über den dortigen Stand der Dinge nicht mehr lange ausbleiben können. — Verschiedenen Nachrichten zufolge ist die Stellung des Abdewi Tewfik stark erschüttert, man soll bereits nach einem neuen Herrscher in Ägypten auf der Suche sein. Hoffentlich wird es nicht schwer fallen, Jemanden zu finden, der die schweren Regierungsgeschäfte in Ägypten übernimmt.

Nord-Amerika. In Folge der Entscheidung des obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten, daß das Einwanderer-Kopfssteuer-Gesetz rechtmäßig und verfassungsmäßig sei, werden die lägerischen Dampfschiff-Fabrik-Gesellschaften beim Kongreß eine Aenderung des betreffenden Gesetzes durchzusetzen suchen.

Parlamentarisches.

— Soeben ist im Reichstag das dritte Heft diplomatischer Schriftstücke, betitelt „Deutsche Interessen in der Südee“ eingegangen. Dasselbe enthält ausschließlich konsularische Berichte über die Samoa-Plantagen-Gesellschaft und über die Nothwendigkeit ständiger konsularischer Vertreter Deutschlands, so wie der häufigeren Anwesenheit deutscher Kriegsschiffe in der Südee.

— Wie verlautet, wird am Mittwoch die Weihnachtsferienzeit für den Reichstag beginnen.

— Der Abgeordnete v. Kardorff wird, wie wir hören, seinen vorjährigen Antrag über Einsetzung einer Enquete-Kommission, betreffend Revision der Spiritussteuer, in den nächsten Tagen im Reichstage wieder einbringen.

— In parlamentarischen Kreisen wird die Majorität für die Dampfer-Subvention mit ungefähr 70 bis 80 Stimmen angenommen.

— Nach einer der „Pol. Korr.“ aus Berlin zugehenden Mittheilung wird Fürst Bismarck den bald bevorstehenden Beratungen des deutschen Reichstages über die kolonialpolitischen Aktenstücke und die ersten Unkosten der deutschen Kolonialpolitik (170 000 Mark) betwohnen und seine Kolonialpolitik persönlich vertreten.

— Die Kommission zur Vorberathung der Anträge Mundel-Reichensberger, betreffend Wiedereinführung der Berufungsinstanz hat sich heute konstituirte. Sie wählte: Abg. Reichensberger zum Vorsitzenden, Hartmann (kons.), zu dessen Stellvertreter, Venz (nat.-lib.) zum Schriftführer und Bayer (Vollspartei) zu dessen Stellvertreter.

— Auf die Tagesordnung des Reichstages wird nächsten Mittwoch zuerst der polnische Sprachenantrag und sodann der Bedell'sche Vorsteuerantrag gesetzt.

— Die wirtschaftliche Kommission der freien Vereinigung hat gestern die strengste Geheimhaltung ihrer Beratungen und Beschlüsse beschloffen.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

14. Sitzung vom 13. Dezember.

Präsident v. Wedell-Biesdorff eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Am Tische des Bundesraths: v. Borchardt, v. Böttcher. Eingegangen ist der 3. Theil des Blaubeuches, enthaltend die Aktenstücke, betreffend die Südee.

Die 2. Staatsberathung wird beim Etats des Reichs-Kasas am 15. fortgesetzt.

Bei Kap. 68, Tit. 5 (Rente von 15 000 M. an die hessische Regierung aus Anlaß der festen Rheinbrücke zwischen Mainz und Kassel) bittet

Abg. Richter um Auskunft über den zwischen dem Reiche und Hessen abgeschlossenen Vertrag.

Geb. Rath Schulz giebt Auskunft über die zwischen beiden Theilen getroffenen Verhandlungen. Hessen habe vom Reiche einen jährlichen Zuschuß in Höhe von 15 000 M. verlangt, der mit der Benutzung der Brücke seitens des Militärs motivirt worden ist.

Abg. Richter wird einen Widerspruch gegen diese Forderung nicht erheben, zumal aus Mittheilungen des Regierungskommissars hervorgeht, daß die Summe von 15 000 M. noch hinter der zurückbleibt, welche hätte gezahlt werden müssen an Brückenzoll für das Militär, wenn ein Vertrag nicht zu Stande gekommen wäre.

Bei Titel 10 (Münzwesen) erklärt

Abg. v. Kardorff, daß er heute die Währungsfrage nicht berühren werde, daß er aber dringende während der Weihnachtsferien einen Antrag einzubringen, bei dessen Verabreichung sich eine ausführliche Besprechung der Währungsfrage ermdöglichen lasse.

Gegen den Tit. 10 und den Rest dieses Etats wird kein Widerspruch erhoben.

Es folgt der Etat des Reichs-Eisenbahnamtes, bei dem

Abg. Vingers um Einführung einer umfassenden Sonntagsruhe für die Eisenbahnbeamten bittet.

Geb. Rath Rörthe: Schon jetzt wird, soweit der Verkehr es ermöglicht, diesem Wunsche Rechnung getragen. Besonders hinsichtlich des Güterverkehrs sind Anordnungen getroffen, die eine umfassende Sonntagsruhe anstreben. Allerdings ist gänzlich Anshören des Verkehrs an Sonntagen nicht durchführbar. So ist am Montag in Berlin großer Viehmarkt, zu dem das Vieh doch nicht anders als am Sonntag verladen werden kann.

Abg. Kaiser befragt die Eisenbahnämter und die zur Verabreichung derselben getroffenen Anordnungen, betreffend eine schärfere Kontrolle der Oberbeamten. Der Dienst der Unterbeamten ist ein schwerer und sehr langer, die Leute sind oft übermüdet und erschläft im Dienste und hiergegen sollten Vorbeugungsmaßregeln getroffen werden. Mit dem Wohlwollen gegen den kleinen Mann ist dies nicht vereinbar. Mit der Forderung des Abg. Vingers bin ich einverstanden.

Geb. Rath Rörthe erklärt, daß das Reichseisenbahnamt seine Aufmerksamkeit allen Eisenbahnbeamten gleichmäßig widmet. Wenn Unterbeamte verunglückt seien, so habe sich früher immer herausgestellt, daß sie selbst die Schuld tragen. (Murren links.)

Abg. Röscher (Vollspartei) verweist auf den Nothstand in welchem sich die Landwirtschaft gegenüber den Eisenbahnen befindet, da diese viel zu wenig Rücksicht auf die Interessen der Landwirtschaft nehmen. Das Reichseisenbahnamt möge auf diesen Punkt sein Augenmerk richten und sich bemühen das Tarifwesen in diesem Sinne zu ordnen.

Geb. Rath Rörthe: Der Vordredner gehe von einer falschen Auffassung der Stellung des Reichseisenbahnamtes aus, diese Frage sei auch bereits vielfach aufgeworfen und von der Verwaltung in Erwägung gezogen worden und würde darüber auch noch jetzt verhandelt.

Abg. Richter (Hagen): Die Bedeutung des Reichseisenbahnamtes sei noch geringer als seine Kompetenz und bei der gegenwärtigen Finanzlage sei ein Apparat von 44 Beamten für diese Behörde zu kostspielig. Einem so mächtigen Manne gegenüber wie dem preussischen Eisenbahnminister Maybach müsse nach der Verstaatlichung der meisten Eisenbahnen das Reichseisenbahnamt so gut wie gar keine Bedeutung haben. Wir sind bereit das Institut unter anderen politischen Verhältnissen zu fördern; aber heut ist es überflüssig. Er beantrage deshalb von den sieben vortragenden Räten fünf und von den übrigen Beamten die entsprechende Zahl als künftig wegfallend zu bezeichnen und die näheren Erwägungen hierüber in der Budgetkommission vorzunehmen.

Geb. Rath Rörthe: Der Antrag läuft auf eine gänzliche Auflösung des Instituts hinaus, und es scheint, als ob sich eine gewisse Feindseligkeit gegen das Reichseisenbahnamt entwickelt habe. Trotzdem müsse er darauf hinweisen, daß die Thätigkeit der Behörde eine eminent praktische und segensreiche sei, wie z. B. die Kontrolle des gesamten Tarifwesens. Wenn man behaupte, daß diese Behörde einen rein theoretischen Charakter habe, so sei das unrichtig. Die Prüfung von Bauten werde durchaus gründlich und sachgemäß vorgenommen und für das Beschwerderecht sei das Institut ganz unentbehrlich. Ebenso sei diese Behörde an der Vordredung der auf den Verkehr im Lande bezüglichen Gesetze in hervorragender Weise theilhaftig.

Abg. Dr. Vingers (Zentrum) glaubt, es werde für die Sonntagsruhe der Beamten zu wenig gethan; habe doch erst vor Kurzem der Reichskanzler erklärt, daß für seine nächsten Beamten kein Sonntag existire. Das beweise doch, daß selbst in den höchsten Stufen der Behörden das Verständnis für die Sache fehle. Es müsse bei uns eingeführt werden, was auf diesem Gebiete bereits in England und Amerika besteht, dabei könne man doch den Verkehr und alle berechtigten Interessen schonen.

Abg. Kaiser (Soz.): Die Arbeiten, welche Geb. Rath Rörthe erwähnt, könnten auch auf billigere Weise, als von Geheimen Räten ausgeführt werden. Dem Institut sei er nicht unsympathisch, aber seine Thätigkeit befriedige ihn nicht. Wenn es heiße, die Unter-Beamten seien an ihrem Unglück selbst schuld, so beweise das eben nur den Mangel an Fürsorge, den man für diese Unterbeamten habe. In dem preussischen Abgeordnetenhaus, das nach dem Massenwahlsystem gewählt werde, könnten doch diese kleine Beamten ihren Klagen nicht vordringen. Hier werde er Aufklärung und werde von der letzteren seine Zustimmung zu dem Antrage Richter abhängig machen.

Geb. Rath Rörthe: Der preussische Minister Maybach habe in Folge der letzteren Unglücksfälle Verfügungen erlassen, welche dem Schutze der Beamten dienen sollen. Das Reichseisenbahnamt habe stets die Interessen der kleineren Beamten zu wahren gesucht, doch könne dies nur auf Grund ausgiebiger Erhebungen geschehen.

Abg. Richter (Hagen): Es sei klar, daß das Reichseisenbahnamt eine praktische Bedeutung nicht habe. Nicht gegen, sondern für das Reichseisenbahnamt beständen Vorurtheile und im Anfange war man für dasselbe allgemein enthusiastisch. Es sei aber in der Entwicklung zurückgeblieben, denn heute sei noch nicht einmal die Präsidentenstelle desselben besetzt. Es sei ja auch erklärlich, daß Niemand Präsident da sein wolle, wo er nichts zu sagen habe.

Abg. Dr. Windthorst hält ebenfalls das Reichseisenbahnamt für entbehrlich und auf 2 Räte zu beschränken. Die einzige Idee, die diese Behörde erdachte, waren die der Reichseisenbahnen. Dagegen werden sich wohl die Einzelstaaten, obgleich schon sie vielfach so eng eingesponnen sind, daß man ihnen das Netz leicht ziehen kann, zu wahren wissen. In diesem Sinne begrüße er den Antrag Richter mit Freuden. Seit der Verstaatlichung der preussischen Bahnen hat diese Behörde ihre Bedeutung verloren.

Geb. Rath Rörthe: Eine erweiterte Kompetenz des Reichseisenbahnamtes habe man ja schon durch das Gesetz beschränkt, so z. B. die Unterstellung der Reichsbahnen in Elsaß-Lothringen.

Abg. Richter (Hagen) will zugeben, daß das Reichseisenbahnamt den Privatbahnen gegenüber eine größere Kompetenz bestimme als den Staatsbahnen gegenüber; eben darum aber auch habe es durch die bedeutende Vermehrung der letzteren seine Bedeutung eingebüßt.

Abg. Dr. Windthorst wundert sich, daß Richter das Reichseisenbahnamt überhaupt für nothwendig hält. Herr Kaiser bemerke er, daß im preussischen Abgeordnetenhaus die Interessen der unteren Beamten ebenfalls wahrgenommen werden und daß dieser deshalb nicht Recht habe, diese Vertretung für sich allein in Anspruch zu nehmen.

Abg. v. Bollmar (Sozialdemokrat) konstatiert, daß er mit seinen Anträgen in der sächsischen Kammer bei den anderen Parteien keine Unterstützung gefunden habe, wenn er für die Verbesserung der Lage der unteren Beamten eingetreten sei, so z. B. in Bezug auf die Bremser, welche in Frost und Schnee auf ihren lustigen Stügen ausbarren müssen.

Abg. Kärnermann konstatiert dem entgegen, daß es sich in der sächsischen Kammer bei dieser Frage um rein technische Gesichtspunkte gehandelt habe, die nicht aufgelöst waren, darum wurden jene Anträge abgelehnt.

Abg. Radé (Zentrum) hebt hervor, daß seine Partei schon für die Arbeiter gesorgt habe, ehe in diesem Hause noch an Sozialdemokraten zu denken war.

Abg. Dr. Windthorst schließt sich diesen Aeußerungen an, das Zentrum werde auch weiter für die Interessen der Arbeiter eintreten gegen die sozialistischen Grundzüge.

Abg. Grillenberger (Sozialdemokrat). Bei der Besetzung der Arbeiterausstände in den Krankenzustandungs-eheben bei den Beschlüssen der Bayerischen Kammer über die Eheschließungen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Windthorst. Die Arbeiterausstände konnten wir nicht abgrenzen, weil wir fürchten mußten, daß damit eine sozialdemokratische Organisation über das ganze Land geschaffen würde. (Zustimmung im Zentrum — lebhafter Widerspruch unter den Sozialisten. Der Abg. Frohme wird hierbei von dem Präsidenten wegen eines auf der Tribüne nicht verstandlichen Zwischenruf zur Ordnung gerufen.)

Die Debatte wird hierauf geschlossen und der Etat mit dem Antrage Richter an die Budgetkommission gewiesen. Es folgt der Etat des Reichs-Invalidenfonds.

Abg. Büchlin (national-lib.) bittet den Kriegsminister Althoff, die Disposition gestellten Unterstützungen für nachträglich erkrankte Kämpfer aus den Jahren 1870/71.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorff. Bei dieser Erwähnung wird im ganzen Reiche nach gleichen Grundzügen verfahren. Hinderlich steht oft der Umstand entgegen, daß nach ärztlichem Gutachten noch ein Rechtsanspruch der Beschädigten besteht, in welchem Falle dann die Gnadenunterstützung nicht gewährt werden kann. Beim preussischen Kontingent sind bis jetzt 732 Gesuche eingegangen, von denen 257 zurückgelegt und dem Reichskontingent zur Zahlung überwiesen und 220 abgelehnt sind. 275 befinden sich noch im Stadium der Erörterung. Für das laufende Jahr sind die erforderlichen Mittel vorhanden, für das nächste wird sich wohl eine genaue Uebersicht der erforderlichen

Summe werden
Abg. gefällig
darauf
De
Etats die def
wens, ordentl
De
fallsige die def
paufe u
Ausführli
nuar d
Ab
der Bis
habe, n
rücksch
lichen z
M
1889
M
hren, b
mit ein
Plan) f
schaffen
mittels
wulver
fallstos
erhalte
Abospe
ner A
Fabrika
Doch
Reisden
Dsterm
schlich
sanitär
Stills
M
hat de
des E
Anger
Der ge
schöner
dem v
Nicht
Betrag
hüßig
zu
geloge
nie
Beleid
die Pr
die W
folgen
Beleid
6 M.
gung
oder l
beiden
Bezug
noch d
lage z
haben
B
Wend
Namen
des Ge
Espar
nächst
Schlu
Friede
zu sah
weiter
denler
Dier
ganze
Krel
leinen
erklär
größte
dem S
auf d
Nach
angef
wurde
hab
vorste
korbe
festzu
Kinde
Amts
nun h
eine i
zu br
leistet
hat n
und a
eine r
sonder
das S
laut r
melde
Lobes
trägt
wie d
webr
Wahr
eine i
Freue
Mann
Vrem
Hend
Seide

Am 11. Dezember, Nachm. 4 einhalb Uhr, entschlief sanft nach 8jährigem Leiden unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater, der Modellstecher
Ferdinand Moritz
 im 69. Lebensjahre. Die Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet am Sonntag, d. 14. Dbr., Nachmittags 2 einhalb Uhr, vom Trauerhause aus statt. [1586]

Arbeitsmarkt.

Ein Sohn rechtlicher Eltern, der Lust hat, Maler zu lernen, kann sich melden Anhaltstraße 8. [1563]
 Bildhauer a. L. u. Kehl. verl. Rixdorf, Knefbeckstr. 61. [1567]
 Herren- u. Dam.-Arb. w. mitgem. Stallstraße 32, S. r. I.
 Puppen w. gut und billig angezogen bei Fr. Edenbrecht, Al. Markusstr. 16-17, 3 Tr. [1554]

Große außerordentliche Schneider-Versammlung.

Dienstag, den 16. Dezember, Abends 8 einhalb Uhr, in Sommer's Salon, Potsdamerstr. 9.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Gürtlermstr. Max Kreuz.
 2. Die Lohn- und Verhältnisse-Verhältnisse in der Potsdamer Vorstadt.
 Sämtliche Schneider Berlins, speziell die Arbeiter im Potsdamer Viertel werden aufgefordert, zahlreich zu erscheinen. Die Lohnkommission der Berliner Schneider.
 1587 L. Pfeiffer, Vorsitzender.

Bezirksverein d. arbeitenden Bevölkerung des SW. Berlins.

Versammlung am Montag, den 15. Dezember, Abends 8 Uhr, im Topp'schen Lokale, Belle Alliancestr. 87.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. med. Stahl: „Die Firtigkeit der Boden-Imppschuß-Lehre.“ 2. Vorstandsantrag: Erhöhung des Beitrags und event. Fortfall des Einschreibegeldes. 3. Verschiedenes. [1585] Der Vorstand.

Da vielfach die Meinung herrscht, daß die freien Hilfs-Lassen nur bis zum 1. Dezember Mitglieder aufnehmen, so sehen wir uns veranlaßt mitzutheilen, daß Aufnahme neuer Mitglieder immer stattfindet und zwar nur:
 Andreasstraße 20, Hof rechts 4 Trepp.
 für die Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Frauen (eingeschriebene Hilfskasse Nr. 26 Offenbach a. M.) Verwaltungsstelle Berlin 16. [1561]

Fachverein der Tischler.

Montag, den 15. Dezember, Abends 8 einhalb Uhr, in Sängers Restaurant, Grüner Weg 29 (früher Keller's).
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Dr. Weige über Lungenkrankheit.
 2. Verschiedenes. Fragekasten. [1559]
 Gäste willkommen. — Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Bezirks-Verein des werktl. Volkes der Schönhauser Vorstadt.

Dienstag, den 16. Dezember, Abends 8 Uhr, im Restaurant Meißner, — 161, Schönhauser Allee 161,
Große Versammlung.
 Vortrag und Diskussion. [1566]

Mitglieder-Versammlung des Vereins zur Wahrung der materiellen Interessen der Fabrikarbeiter in Berlin.

Montag, den 15. Dezember, Abends 8 einhalb Uhr, findet im Vereinshaus „Süd-Ost“, Waldemarstraße 75, die
Mitglieder-Versammlung
 des Vereins zur Wahrung der materiellen Interessen der Fabrikarbeiter in Berlin statt.
 Tages-Ordnung:
 1. Kassenbericht.
 2. Antrag auf Abänderung der Statuten.
 3. Vortrag, Diskussion, Verschiedenes.
 Neue Mitglieder werden aufgenommen. Es ist dringende Pflicht eines jeden Mitgliedes in der Versammlung zu erscheinen.
 1546 Der Vorstand.

Arb.-Bez.-Verein f. d. Osten Berlins.

Dienstag, d. 16. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr,
Mitglieder-Versammlung
 in Keller's Lokal, Andreasstr. Nr. 21,
 Tages-Ordnung: [1560]
 1. Statuten-Beratung. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten.
 Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder gebeten.
 Der Vorstand.

NB. Der monatliche Beitrag beträgt 20 Pf. und wird ein Einschreibegeld nicht erhoben. Mitglieder, welche ihre Wohnung wechseln, werden ersucht, dies dem Kassier Berger, Straußbergerstr. 27, mitzutheilen.

Unterstützungsv. d. Buchbinder und verwandten Berufsgenossen.

Sämtliche Mitglieder sind hierdurch aufgefordert, zu der auf Grund des § 7 des Ver-ins-tatuts berufenen

General-Versammlung

Montag, den 15. Dezember cr., Alte Jakobstraße 75, zu erscheinen.
 Tagesordnung:
 1. Antrag des Vorstandes auf Aenderung des § 7 des Vereinsstatuts (Vereinfachung der Vereinsverwaltung). 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 3. Verschiedenes, Fragekasten.
 NB. Mitgliedskarte legitimiert zum Eintritt. [1555]

Für Kürschner und Berufsgenossen befindet sich der Arbeits-Nachweis Abends von 8 bis 10 Uhr bei Seefeld, Grenadierstraße 33. 1519

Bezirks-Verein des werktätigen Volkes im 29.-31. Kommunal-Wahlbezirk.
 Dienstag, den 16. Dezember, Abends 8 Uhr, im Restaur. Seefeld, Grenadierstr. 33, Generalversammlung. [1565]

sparsamen Hausfrauen

kolonialwaaren- und Delikatessen-Geschäft
 Admiralstr. 40, Ecke Skalitzerstr.
 (frühere Linde)
 1552

hierdurch aufmerksam.
 Ein Jeder wird sich sofort überzeugen, daß selbst der kleinste Artikel bei mir billiger ist, als in jedem anderen Geschäft.

Weihnachts-Preisverzeichniss.
 Zum Backen:

Neue Rosinen Pfund 25 u. 30 Pf.
 Neue Sultanien " 35 u. 40 Pf.
 Neue Korinten " 35 Pf.
 Große Mandeln " 90 Pf.
 Gemahlener Zucker 2 Pfund 55 Pf.
 Gute Backbutter 90-100 Pf.
 Weizenmehl 00. von 5 Pfund an 14 Pf.
 Kaiserzug-Mehl, von 5 Pfd. an 20 Pf.

Zum Weihnachtstisch und -Baum:

Pfeffertuchen von Otto Ruger Pfund 60 Pf.
 Wallnüsse 25 u. 30 Pf.
 Lambertsüsse 40 Pf.
 Pfeffertuchen aus Thoren in großer Auswahl zu verschiedenen Preisen.
 Divers. Roth-, Ungar- u. Roselweine, echten Rum, Arrac, Cognac, in 1/2, 1/3, 1/4, 1/5 Fl.
 Rügenwalder Gänsebrüste und Keulen, kleine westph. Schinken, von 5-8 Pfd. à Pfd. 1 Mark.
 Viele Arten Wurstwaren; ferner Thee, sowie viele andere geeignete Sachen.

Martin Jackier,

Admiralstraße 40, Ecke Skalitzerstraße.

Allen meinen Freunden und Bekannten empfehle mein
Weiß- u. Bairisch Bier-Lokal
 Berliner Volksblatt liegt aus.
 1289 Rothnagel, Rathenowerstr. 85.

Allen Bekannten z. Nachricht!

Billige und gute Filzhüte von 2-6 M.,
 Seidenhüte von 5-12 M.,
 empfiehlt die Hutfabrik von
 H. Rehr,
 Skalitzer-Str. 109.
 1349 Aufhängeln sofort für 25 Biennige.

Im 6. Reichstags-Wahlkreis
 empfiehlt Cigarren, Cigaretten, Rauch-, Kau- u. Schnupftabak reell und preiswerth M. Bernstein, Eichendorffstr. 13, 1482 vis-à-vis dem Stettiner Bahnhof.

Stebierhalle und Restaurant

von
MAX KREUTZ
 Admiralstr. 40, Cottbuserplatz
 (Alte Linde.) 1244
 Reichhaltiger Frühstückstisch,
 Gutes Bairisch Bier à Glas 10 Pf.

Weihnachts- Arbeit, Kissen, Teppiche, Gardinen, Matratzen billig, 1 St. Tapete anzuill 30 Pf., 1 Sopha aufzupolst. 6 Mark, Regierstr. 26 b. Schöffers, Tapezier. [1553]

Roh-Tabak!!

Billige Sumatra-Decken à 150 Pf., 200 Pf., 300 Pf., 375 Pf. Carmen, prima, à 115 Pf. Domingo (Mocana) à 110 Pf. St. Felix Brasils à 85-140 Pf. El-Rebat à 70, 58 Pf. empfohlen
 1557 Bergemann & Donisch, C., Alexanderstr. 8.

Die Porzellan- und Glaswaaren

von
Max Angelé,
 Dranienstraße 85/86 an der Alten Jakobstr.,
 werden zu
Weihnachtsgeschenken
 ganz besonders empfohlen. Selbstgefertigte Malereien auf Porzellan in jedem Genre werden nach Auftrag aufs sauberste billig angefertigt.

Gelegenheitskäufe!

Beste, wenig getragene Herren- und Damen-Garderoben, von Herrschaften, oder in der Pfandl. verk., für den 3. Theil des Wertes, sowie neue Herren- und Knaben-Garderoben jed. Art, Mäntel u. s. w., ferner Pfandsachen jed. Art, wie Schirme, Hüte, Schuhe, Stiefel, Uhren u., Alles höchst billig. Masken-Garderoben und Ballkostüme werden jederzeit vermietet.
 M. Schulz Wwe.,
 1562 Gneisenaustr. 7a.

Piano's ganz in Eisenrahm, im runden und vollen Flügelton.
 1348 E. Riedsch, Dranienstr. 184. I.

Abfälle von Tuch, Kammgarn, Tibet, Double und Wolle lauft F. Quednow, Wienerstr. 40. Alle Reparaturen im Schlosserfach werden daseibst angefertigt.

Nähmaschinenfabrik
 (Genossenschaft).

Empfehle ihre dauerhaften, mit allen Verbesserungen versehenen und gut justirten Maschinen sämtlicher Systeme zu soliden Preisen. Hasenhaide 2. 1279

Preßkohlen, Marke E. L. 6,50, Ilse 7,00. Marie 7,50 pr. 1000 St. lief. frei ins Haus N. Schenk, Rastauerstr. 28. [1558]
 1556 Gut. Magdeb. Sandstr. f. Töpfer bill. N., Piesenstr. 10.

Preussisches Leihhaus
 Beuthstraße 14

beleihet Werthe aller Art in coulantem und discreter Weise. Geöffnet 9-7 Uhr, Sonntags 10-12 Uhr. 1525

Die Nr. 11 Der humoristischen Blätter
„Der wahre Jacob“
 ist erschienen und in der Exped. d. „Berl. Volksbl.“ zu haben

Wichtig für jede Familie!
 Der Verfasser der gemeinnützigen Notizen unseres Blattes, ein früherer Apotheker, wünscht im Januar 1885 ein Kräuterbüchlein, nebst Angabe einer einfachen und billigen Hausapotheke, herauszugeben und sucht schon jetzt Abonnenten (à 50 Pf.) darauf sub D. N. durch die Exped. d. Bl. 1445

Drucksachen
 aller Art,
 namentlich

Circulare, Rechnungs- und Quittungsformulare, Adresskarten, Prospekte, Preis-Courante, Brochüren, Statuten und Quittungsbücher, Marken, sämtliche Formulare für Krankenkassen etc.
 werden prompt und preiswerth angefertigt.

Buchdruckerei

MAX BADING
 Beuthstrasse 2.

Neben einer reichen Auswahl hochfeiner Modestoffe zu bekannt billigen Preisen haben wir eine Menge

Kleiderstoffe für den Weihnachts-

Einkauf bedeutend billiger

zum gänzlichen Ausverkauf gestellt und empfehlen
 Cheviot Diagonal jappé Rtr. 30 Pf.
 Cheviot Vary, glatt und sehr hübsch farirt, Rtr. 35 und 40 Pf.
 Lama-Bigogne, warmes gutes Hauskleid, Rtr. 50 Pf.
 Gröpe-Diagonal, glatt in allen Farben Rtr. 50 Pf.
 Farian Caro, großes Sortiment geschmackvoller farirtter Stoffe, Rtr. 40 und 45 Pf.
 Brochüre, sehr hübsche moderne Kleiderstoffe in vorzüglichen griffigen Qualitäten in reichen Farbenfortiments, aus- Rtr. nur 60 Pf.
 gezeichnetes Weihnachts-geschenk, Rtr. 60 Pf.
 Rein wollene Tuch-Diagonals, sehr kräftiger platter Stoff, Rtr. 1,50
 Rein wollene doppelt breite Tuch-Lamas, delatirt, also nadelfertig zu Morgensöden und Hauskleidern, 1,80, 2, 2,25 Mark.
 Rein wollene doppelt breite Cachemirs, in allen Farben, Rtr. 1,50, 1,80, 2, 2,25, 2,50 Mark.

Schwarze rein wollene Cachemirs,
 beste, reellste Qualitäten, Rtr. 1,35, 1,50, 1,80, 2, 2,25, 2,50 M.

1 Partie **hochfeine Sommer-Stoffe, Gesellschaftsroben,**
 Rtr. 40, 50 und 60 Pf., haben mehr als das Doppelte gekostet.
 Echten Patentsammet in allen Farben, Rtr. 1,50, 2, 2,50 Mark.
 Echte Seidensammete in allen Farben, Rtr. 3,50, 4 und 4,50 Mark. [1450]

Sielmann & Rosenberg,

Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.
 1 Posten Morgensöde aus rein wollenem Lama, Taille und Kermel mit rothem Planel gefüttert, 12,50, 15, 18, 21 M.